

Beschluss

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Das Corona-Virus hat die Menschheit in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir
2 betauern bereits über 200.000 Tote und großes Leid. Um die Pandemie zu
3 bekämpfen, wurde das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf der ganzen
4 Welt weitgehend angehalten, mit dramatischen Auswirkungen: Menschen verlieren
5 ihre Arbeit, sozialer Stress und häusliche Gewalt nehmen zu. Die Welt steht vor
6 einer tiefgreifenden Rezession.

7 Noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Es gilt – mit aller Kraft – die
8 Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und
9 ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Dafür müssen wir weiter große Vorsicht
10 walten lassen und lernen, für eine längere Zeit mit dem Virus zu leben und es
11 zugleich immer besser und zielgenauer zu bekämpfen.

12 Corona ist eine globale Herausforderung, auf die es eine globale Antwort geben
13 muss. Kein Staat kann sie allein bewältigen. Das gilt vor allem für uns in
14 Europa. Wir müssen Wege aus der Krise konsequent europäisch denken. Nur
15 europäisch kommen wir durch diese schwere Zeit, nur gemeinsam werden wir die
16 Pandemie bekämpfen und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können.
17 Europas Zusammenhalt hat bereits großen Schaden genommen. Wir müssen jetzt alles
18 dafür tun, dass das Friedensprojekt Europa zum historischen Kurs der Integration
19 zurückfindet.

20 Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand
21 kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die
22 Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln
23 ist. An unserer Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz zu arbeiten, wird am Ende
24 den Unterschied machen.

25 In der Not zeigt sich, worauf es ankommt: auf Gemeinsinn, Solidarität und
26 Humanität. Auf die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins
27 sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von
28 Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen und den Erhalt unserer natürlichen
29 Lebensgrundlagen. Auf eine starke Daseinsvorsorge. Auf die Stärke derer, die man
30 in der Gesellschaft oft nicht sieht: Lastwagenfahrer*innen, Erntehelfer*innen,
31 Kassierer*innen, Reinigungskräfte und Pfleger*innen. Den Mitarbeiter*innen in
32 den Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Forschungseinrichtungen, bei den
33 Medizinproduktherstellern, in den Arztpraxen, bei Bundeswehr, Polizei und
34 Feuerwehr, den Rettungskräften oder den zahlreichen Krisenstäben. Auf die vielen
35 Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten Care-Berufen, sondern auch in vielen
36 Familien alles am Laufen halten. Ihnen allen schulden wir nicht nur Dank,
37 sondern ein Versprechen für die Zukunft: Anerkennung, Gleichberechtigung,
38 bessere Löhne. Eine neue Politik der Sicherheit – vorsorgend, widerstandsfähig,

39 umfassend und europäisch. Wir brauchen ein neues, ein nachhaltiges
40 Sicherheitsversprechen.

41 Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht
42 selbstverständlich. Wir stehen an einer Wegscheide. Schreiben wir eine alte
43 Politik, die alte Brüchigkeit, die alten Probleme fort und schaffen damit neue?
44 Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft
45 und Gesellschaft auf festem Grund wieder auf? Wir sind überzeugt, dass nur ein
46 politischer Aufbruch nachhaltig aus der Krise führt. Nur, wenn wir Dinge
47 grundlegend verändern, wenn wir aus Bekenntnis Wirklichkeit machen, werden wir
48 diese und die anderen großen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise –
49 bewältigen. Widerstandsfähig gegen globale Krisen zu sein, ist der Schlüssel für
50 eine neue Sicherheit im 21. Jahrhundert.

51 Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die
52 gesellschaftlichen Debatten und die Politik noch lange Zeit prägen. Nach der
53 Pandemie wird unsere Welt eine andere sein. Doch mit jedem Schritt voran – und
54 sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft.

55 Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein lernendes System, in
56 dem mündige Bürgerinnen und Bürger frei über ihre Zukunft diskutieren. Das ist
57 die Voraussetzung für Innovation. Aus den jetzigen Erfahrungen können und müssen
58 wir Lehren für die Zukunft ziehen. Mit Corona enden die politischen Debatten
59 nicht, sondern sie beginnen neu.

60 **I. Handeln in der Pandemie**

61 Deutschland hat die Pandemie entschlossen bekämpft und bislang das
62 Gesundheitssystem vor einem Kollaps geschützt. Aber noch ist nichts gewonnen.
63 Solange ein Impfstoff nicht verfügbar ist, wird das Corona-Virus eine andauernde
64 Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden
65 Einschränkungen leben müssen. Wir müssen fundiert darüber sprechen, wo und wie
66 Lockerungen bei den jetzigen Beschränkungen stufenweise und unter der Prämisse
67 möglich sind, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Der von der
68 Bundesregierung geplante allgemeine Immunitätsausweis ist kontraproduktiv, weil
69 er ein Anreiz sein kann, sich mutwillig zu infizieren. Zudem ist sein
70 gesellschaftliches Spaltungspotential enorm, Diskriminierungen in Privatleben,
71 Beruf und öffentlichem Raum könnten seine Folge sein. Wir lehnen ihn ab.

72 In dieser Ausnahmezeit ist Verhältnismäßigkeit das Gebot der Stunde. Es ist die
73 Verantwortung des Staates immer wieder zu prüfen, ob die massiven
74 Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind und ob es mildere Mittel gibt.
75 Einschränkungen, genauso wie schrittweise Lockerungen, müssen entlang von
76 klaren, nachvollziehbaren Kriterien so transparent wie möglich erklärt werden,
77 um Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Die Einschränkungen müssen
78 geeignet, erforderlich und angemessen sein, die Folgewirkungen in den Blick
79 nehmen, mögliche Alternativen betrachten und gründlich abgewogen werden. Sie
80 sind zeitlich zu befristen und immer wieder aufs Neue zu begründen. Während es
81 im Shutdown eine große Geschlossenheit gab, droht sich die Gesellschaft in
82 Phasen der Lockerung zu spalten. Statt sich in Durchhalteparolen und
83 Lockerungsübungen aufzureiben, brauchen wir eine andere, zielgenauere Strategie
84 zur Bekämpfung des Virus, die auf Tests, schneller Nachvollziehbarkeit von
85 Infektionen und auf Schutzmaßnahmen beruht. Wir müssen jetzt daran arbeiten,
86 dass die Voraussetzungen dafür vor allem in den sensiblen Bereichen geschaffen

87 werden. Lockerungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen nicht davon
88 abhängen, welche Lobbygruppe die stärksten Einflussmöglichkeiten hat.

89 Mit dem Shutdown haben Bund und Länder die massivsten Grundrechtseingriffe in
90 der Geschichte der Bundesrepublik sowie beispiellose Hilfspakete beschlossen.
91 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Maßnahmen im Bundestag und auf Ebene der
92 Landesregierungen mitgetragen, Vorschläge eingebracht und damit zu einem
93 schnellen, geschlossenen Handeln beigetragen. Auch so konnte breites Vertrauen
94 in den notwendigen Shutdown entstehen. Wir stehen bereit, auch weiter die Last
95 mit zu schultern. Dafür treiben wir mit eigenen Vorschlägen an, wo
96 Handlungsbedarf besteht und bremsen, wo nötig. Fraktionen und Parlamente sind
97 von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie
98 sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten. Es ist unsere
99 Verantwortung, diese Vorgänge nicht nur jetzt kritisch zu begleiten, sondern
100 nach Bewältigung der Krise umfassend, fair und solidarisch aufzuarbeiten, Fehler
101 zu erkennen um bessere Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

102 Bei allem gesellschaftlichen Zusammenstehen werden jetzt zunehmend die
103 politischen Versäumnisse der Bundesregierung sichtbar. Mit der gleichen
104 Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende,
105 europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden, die sich am
106 globalen Bedarf orientiert. Viele Unternehmen im Land sind bereit zu helfen und
107 ihre Produktion auf elementar notwendige Schutzgüter umzustellen. Doch wenn die
108 Bundesregierung nicht koordiniert, funktioniert es nicht. Wir brauchen
109 zuverlässige Zahlen über den notwendigen Bedarf, Abnahmegarantien,
110 gegebenenfalls Investitionshilfen und Koordination bei Engpässen in den
111 Lieferketten.

112 Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nasen-Masken müssen drastisch
113 gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die
114 sozialen Hilfeeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe,
115 Frauenberatungsstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte
116 für Schutzsuchende oder die Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie
117 müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Wir
118 benötigen eine datenschutzkonforme, pan-europäische, freiwillige Corona-Tracing-
119 App als wichtigen Baustein der Epidemiebekämpfung. Die Abläufe in den
120 Gesundheitsämtern müssen verbessert, beschleunigt und digitaler werden, es
121 braucht ausreichend Personal zur gezielten Verfolgung von Infektionsketten und
122 Quarantänebegleitung. Eine Corona-Tracing-App ist ein weiterer wichtiger
123 Baustein – auch europaweit – zur Eindämmung des Virus. Sie muss schnellstmöglich
124 bereitstehen, auf uneingeschränkter Freiwilligkeit beruhen, quelloffen und
125 interoperabel sein und den höchsten Standards beim Datenschutz und der IT-
126 Sicherheit genügen. Die Daten dürfen nur auf den Endgeräten verarbeitet werden.
127 Diese Prinzipien müssen gesetzlich abgesichert werden.

128 Die Krise befeuert die sozialen Probleme und zeigt, wer keine Lobby hat:
129 Familien, vor allem Alleinerziehende, und Kinder. So verschärft die Schließung
130 von Schulen und Kindergärten die Chancenungleichheit für Kinder dramatisch.
131 Zwischen "komplett geschlossen" und "alle sofort wieder rein", muss es Raum für
132 Verhältnismäßigkeit und pragmatische Lösungen geben – tageweiser
133 Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme
134 eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine
135 Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.
136 Wenn die Gesellschaft unter Druck gerät, bekommen marginalisierte und vulnerable

137 Gruppen, beispielsweise Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und wohnungslose
138 Menschen, die Folgen der Corona-Krise zu spüren. Wie eine Gesellschaft mit
139 diesen Gruppen und Minderheiten umgehen, ist ein Seismograph für die Stärke
140 unserer Demokratie – nicht nur, aber eben gerade auch in Krisenzeiten.

141 Mit neuer Wucht wird sichtbar, wie sehr unser gesellschaftliches Leben und damit
142 auch unser wirtschaftlicher Wohlstand immer noch darauf beruht, dass Frauen
143 Kinder betreuen, sich ums Essen kümmern oder die Wohnung putzen. Kinderbetreuung
144 darf aber nicht zur Privatsache werden, Familien müssen auf den Staat bauen
145 können. Nötig ist zudem ein großer, umfassender sozialer Schutzschirm, der auch
146 jene schützt, die arm sind, obdachlos, die Stress, Verhetzungen im Netz,
147 häuslicher Gewalt, Depressionen oder Suizidgefahr ausgesetzt sind.

148 Je länger die Pandemie andauert, umso stärker rückt die Frage in den
149 Vordergrund: Wie mit der Bedrohung durch das Virus leben lernen, ohne das
150 öffentliche Leben langfristig drastischen Einschränkungen zu unterwerfen? Wir
151 müssen uns jeden Tag aufs Neue – auch mit Blick auf eine mögliche neue Corona-
152 Welle – damit auseinandersetzen, wie wir unter Pandemie-Bedingungen Bildung,
153 Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht
154 zuletzt chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben
155 organisieren, während wir gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung
156 schützen.

157 **II. Klimakrise und Corona gemeinsam bekämpfen**

158 Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession. Der internationale
159 Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit
160 der großen Depression der 1930er Jahre führen wird. Das ist eine tiefgreifende
161 wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in
162 Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Bei den nationalen
163 Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Coronakrise muss ein
164 weiteres soziales und wirtschaftliches Auseinanderklaffen zwischen den
165 Mitgliedstaaten unbedingt verhindert werden. Die Konjunkturprogramme müssen
166 deshalb europäisch gedacht bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein,
167 beispielsweise verknüpft über den Green Deal, damit sich alle Länder im
168 europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen.

169 Für dieses historische Moment gibt es keine Blaupause. Die wirtschaftlichen
170 Auswirkungen treffen fast alle Lebensbereiche und Branchen, aber sie treffen
171 diese sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen können dank Homeoffice nahezu
172 weiter machen wie vor der Krise, haben aber weniger Aufträge. Einige verbleiben
173 vielleicht noch monatelang im Shutdown und sehen kaum noch eine Perspektive.
174 Andere können mit deutlichen Beschränkungen langsam wieder aufmachen, aber ihre
175 Lieferketten funktionieren nicht. Dazu kommt, dass wir mit den
176 wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht die gesundheitspolitischen konterkarieren
177 dürfen.

178 Anders als nach der Finanzkrise werden wir uns in Deutschland dieses Mal nicht
179 einfach aus der Rezession herausexportieren können. Die Nachfrage ist global
180 eingebrochen. Und wir müssen eine Antwort darauf finden, dass sich alte soziale
181 Schief lagen durch Corona verschärfen und neue auftun.

182 Bei all dem ist es die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise zu
183 bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre.
184 Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem

185 Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem
186 Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn
187 die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch
188 beschleunigen.

189 Es ist daher entscheidend, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Ohne Frage ist
190 die Rezession mit voller Kraft zu bekämpfen, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit zu
191 erhalten. Tun wir das aber mit einer alten Politik und alten Mitteln,
192 produzieren wir neue Unsicherheit und steuern auf gigantische soziale und
193 wirtschaftliche Schäden zu. Unser Handlungsrahmen müssen der Pariser
194 Klimavertrag und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung sein.

195 Vor der Pandemie hatte ein breites Bündnis aus Unternehmen, Klimabewegung,
196 Gewerkschaften, Forscher*innen und Wissenschaftler*innen die Chancen erkannt,
197 die in einem Aufbruch liegen, der Klimaschutz, ökonomische Dynamik und sozialen
198 Ausgleich zusammenbringt. Das Leitbild unseres Handelns ist klar: Wir brauchen
199 eine konsequente Transformation nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft hin
200 zu nachhaltigen Materialien, Ressourcen- und Energieeffizienz.

201 Kreislaufwirtschaft fördert Innovation und sichert Zukunftsfähigkeit und Chancen
202 auf allen Märkten. Wir haben eine doppelte Aufgabe und doppelte Chance: die
203 durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen.
204 Herzstück des Auswegs aus der Krise muss der Europäische Green Deal sein. Ersten
205 Versuchen, diesen unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie aufzuweichen oder in
206 Teilen zu verschieben, stellen wir uns entschieden entgegen. Der Green Deal muss
207 zum Pakt für die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft werden.

208 Es wird massive Anstrengungen und beispiellose Programme brauchen, um diese
209 Herausforderungen zu lösen. Jetzt ist die Zeit großer und kreativer Antworten
210 und entschlossenen Handelns. Wir müssen auf der einen Seite kurzfristig
211 stimulieren und stabilisieren und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität
212 und Zukunftsfähigkeit setzen. Dabei ist völlig klar: Ein solches
213 Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar.
214 Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum
215 Wiederaufbau eingeschlagen werden.

216 **III. Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise – sozial und ökologisch**

217 Es braucht Direkthilfen für die Branchen, die im Shutdown stillstehen müssen,
218 und Konjunkturstimuli für die, die langsam wieder anlaufen.

219 Dabei ist klar, dass aus Steuermitteln finanzierte Wirtschaftshilfen in der
220 Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden
221 oder den Manager*innen Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat
222 erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt
223 wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an
224 den Staat zurückzahlen. Unternehmen, die Staatshilfe beantragen, sollten
225 zunächst offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Gewinn machen und wie
226 viele Steuern sie zahlen. Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu
227 beitragen, dass bestehende Steuerschlupflöcher gar geweitet werden. Staatliche
228 Beteiligungen an Unternehmen sind an die Bedingung von ökologischen und sozialen
229 Kriterien für die jeweiligen Branchen gebunden. Wenn der Staat sich mit
230 Steuergeldern an Unternehmen beteiligt, muss er auch Mitspracherechte haben und
231 Einfluss auf die Unternehmensstrategie nehmen können, wie private Investoren
232 auch.

233 Für dieses Jahr sollte ein deutsches Konjunktur-Sofortprogramm von etwa 100
234 Milliarden Euro vorbereitet werden, das dann schnell greifen kann, wenn die
235 medizinische Lage ein stärkeres Wiederanfahren des ökonomischen Lebens erlaubt.
236 Stimulieren wir dann schnell die Konjunktur, verhindern wir, dass Millionen
237 Menschen in unserem Land durch die Folgen von Corona in Existenznöte geraten,
238 Pleitewellen unsere Innenstädte veröden lassen, dass das, was uns lieb und teuer
239 ist, Kultur, Reisen, dauerhaften Schaden nimmt. Es braucht dabei Unterstützung
240 gerade für die Schwächsten. Die Maßnahmen sind auf die Dauer der
241 Krisenbewältigung zu befristen und immer wieder zu überprüfen.

242 Für dieses Sofortprogramm schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

243 **Lokalen Einzelhandel stärken – Pleitewellen verhindern**

- 244 • Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie
245 sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der
246 Strukturwandel des Handels in Richtung online hat sich beschleunigt, es
247 droht eine Insolvenzwelle im stationären Handel. Um eine Verödung der
248 Innenstädte zu verhindern, schlagen wir für die zweite Jahreshälfte einen
249 Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Mit direkten Zuschüssen und
250 Kaufanreizen in Form von Kauf-vor-Ort-Gutscheinen wollen wir den Erhalt
251 der Strukturen im Einzelhandel, der Gastronomie und im Kulturleben
252 sichern. Darüber hinaus wollen wir insbesondere den stationären Fachhandel
253 und inhabergeführte Läden bei der Digitalisierung und der strukturellen,
254 regionalen Verankerung digitaler Geschäftsmodelle unterstützen. Die
255 Einführung von zusätzlichen kostenlosen Nahverkehrsangeboten für den
256 Einkaufsverkehr kann ebenfalls helfen, den Konsum anzureizen. Die
257 Gastronomie kann zudem durch eine Ausweitung von Ausschankflächen im
258 Freien, die die Einhaltung von Abstandsregelung ermöglichen, unterstützt
259 werden. Dazu sollen wo immer möglich öffentliche Flächen und Parkplätze
260 zeitlich befristet der Gastronomie zur Verfügung gestellt werden.
- 261 • Es braucht zudem gezielt einen Fonds für die weiterhin geschlossene
262 Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, um deren Fortbestand zu sichern,
263 dies ist wirksamer und fairer als das von der Bundesregierung geplante
264 Umtauschsystem.

265 **Soziale Absicherung verbessern – Kaufkraft erhalten**

- 266 • Zur Deckung der steigenden Kosten während der Pandemie soll ein
267 monatlicher Zuschlag auf die Grundsicherung (SGB II, SGB XII, AsylBLG) von
268 100 Euro monatlich für Erwachsene gewährt werden. Statt Mittagessen per
269 Lieferdienst, wie die Bundesregierung es plant, fordern wir einen
270 monatlichen Zuschlag von 60€ für anspruchsberechtigte Kinder und
271 Jugendliche nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, der automatisch
272 ausgezahlt wird. Der derzeit erleichterte Zugang zur Grundsicherung muss
273 für alle Menschen gelten, um ein Zwei-Klassen-System zu verhindern. Dazu
274 muss sie als individuelle Leistung, ohne Anrechnung von
275 Partner*inneneinkommen gewährt werden.
- 276 • Wir wollen zudem temporär das BAföG auch für Studierende öffnen, die sonst
277 nicht förderberechtigt sind, da ihnen derzeit vielfach die
278 Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen.

- 279 • Solange Kitas und Schulen nicht wieder in vollem Umfang geöffnet haben,
280 sollen Eltern, die deshalb ihre Kinder betreuen, die Möglichkeit haben, in
281 Elternzeit zu gehen und dafür ein Corona-Elterngeld erhalten. Das
282 Elterngeld soll so gestaltet sein, dass es Anreize für eine
283 gleichberechtigte Kinderbetreuung setzt.
- 284 • Das Kurzarbeiter*innengeld soll auf 90 Prozent für Einkommen bis 1.300
285 Euro erhöht und bis zu 2.300 Euro degressiv auf 60 Prozent abgesenkt
286 werden. Wir wollen verhindern, dass kleine Selbständige einen Antrag auf
287 Grundsicherung stellen müssen. In Bereichen, die einen längeren Shutdown
288 erfahren, soll deshalb eine Art Kurzarbeiter*innengeld gezahlt werden. Die
289 Leistung sollte bei 55 Prozent des jeweiligen Steuergewinns der letzten
290 Jahre liegen, maximal bei 1.500 Euro/Monat.
- 291 • Wir wollen Privat- und Gewerbemiet*innen entlasten. Der krisenbedingte
292 Verlust der eigenen Wohnung muss verhindert werden. Über die Maßnahmen der
293 Bundesregierung hinaus braucht es daher finanzielle Unterstützung von
294 Mieter*innen mit krisenbedingten Einkommensausfällen als Fonds oder
295 Programm der KfW Bank. Strom-, Wärmeenergie-, Wasser- und Telefon- oder
296 Internetsperren dürfen in der Krise nicht vollzogen werden. Betriebe und
297 Gewerbe, die direkt von der Pandemie-Schließung betroffen sind und kaum
298 Nachholeffekte bei den Einnahmen erzielen können, sollten die gesetzliche
299 Möglichkeit bekommen, Mieten zu mindern oder gar auszusetzen. Hierzu kann
300 die österreichische Regelung als Vorbild dienen, die im Allgemeinen
301 bürgerlichen Gesetzbuch ermöglicht, dass die Mietzahlungspflicht entfällt,
302 wenn das Objekt wegen "außerordentlicher Zufälle" nicht benutzt werden
303 kann, worunter auch eine Pandemie fällt. Vermieter*innen, die auf diese
304 Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung
305 erhalten. Die Corona-Krise darf nicht zu weiterer Marktkonzentration
306 einiger weniger Wohnungsunternehmen führen.
- 307 • Für Auszubildende soll zu jedem Zeitpunkt Kurzarbeiter*innengeld in Höhe
308 von 100 Prozent beantragt werden können. Wir wollen verhindern, dass
309 Ausbildungsverhältnisse der aktuellen Situation zum Opfer fallen. Darüber
310 hinaus muss sichergestellt werden, dass die Zeiten ausfallenden
311 Unterrichts nicht im Betrieb geleistet werden müssen, sondern
312 vollumfänglich für selbstständiges Lernen verwendet werden können.

313 ***Ökologische Modernisierung der Industrie beschleunigen***

314 Um den Industrieunternehmen zu helfen, die durch die Pandemie in Existenznöte
315 geraten, wollen wir großzügige staatliche Unterstützung anbieten. Dabei sollen
316 die Investitionen gleichzeitig der ohnehin notwendigen ökologischen
317 Modernisierung dienen, damit die Unternehmen den Einstieg ins klimaneutrale
318 Zeitalter nicht verpassen, indem sie jetzt falsch abbiegen. Direkte Hilfen
319 sollen daher die Investitionen fördern, die einem der sechs EU-Umweltziele
320 dienen (Taxonomie). Und: Firmen müssen bestimmte Sozialstandards einhalten. Zudem
321 sollte der Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung
322 aufgegriffen werden: Wenn Unternehmen belegen, dass sie nach dem Pariser
323 Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat
324 jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

325 ***Unsere Vorschläge:***

- 326 • Über eine direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir
 327 Investitionen in transformative CO₂-freie Verfahren und Prozesse durch
 328 direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern. Damit wollen
 329 wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über degressive Abschreibungen
 330 der getätigten Investitionen für transformative CO₂-freie
 331 Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize
 332 setzen.
- 333 • Wir wollen den Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.
 334 Damit treiben wir sowohl in Industriebranchen wie Stahl und Chemie als
 335 auch im Luft-, Schiffs- und Güterverkehr gezielt Klimaschutz als auch
 336 höhere Investitionen voran. Dazu gewähren wir Investitionszuschüsse für
 337 Wasserstoff-Pipelines und schaffen Innovations- und Experimentierräume, um
 338 verschiedene Geschäftsmodelle und Anwendungen besser erproben zu können.
- 339 • Mit Klimaverträgen wollen wir Investitionssicherheit – gerade in der
 340 klimaintensiven Industrie – schaffen. Damit wollen wir die Differenz
 341 zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
 342 Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die
 343 Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden
 344 die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren
 345 ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon
 346 Contracts for Difference) abgeschlossen.
- 347 • Wir wollen für die Bürger*innen und insbesondere mittelständische
 348 Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli
 349 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Wind- und
 350 Sonnenenergie sind heute die günstigsten Energiequellen, das haben wir dem
 351 EEG zu verdanken. Diese Technologieentwicklung haben auch die
 352 Stromkund*innen ermöglicht. Neben dem Strombereich müssen aber auch die
 353 Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie mit grüner Energie dekarbonisiert
 354 werden, z.B. über Elektromobilität, Wärmepumpen uvm. Hierzu trägt eine
 355 gesenkte EEG-Umlage bei, die über den Bundeshaushalt gegenfinanziert wird.
 356 Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro
 357 erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die Maßnahme durch die
 358 Einnahmen aus dem CO₂-Preis.
- 359 • Bei den Erneuerbaren Energien können wir dank der inzwischen attraktiven
 360 Kosten durch einen beschleunigten Ausbau ebenfalls wirtschaftliche Impulse
 361 setzen – ohne dass dem Staat dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Der PV-
 362 Deckel von 52 Gigawatt muss sofort aufgehoben werden, härtere
 363 Abstandsregeln bei Windkraftanlagen dürfen nicht kommen, bereits
 364 bestehende zu weitgehende müssen zurückgenommen werden. Im Anschluss
 365 brauchen wir eine EEG-Novelle mit Ambition: Statt kleiner Änderungen
 366 müssen grundlegende Weichen gestellt werden, um den Ausbau von Wind- und
 367 Solarenergie zu beschleunigen, die Sektorenkopplung voranzubringen und zu
 368 einer bürger*innennahen, partizipativen Energiewende zu gelangen.
- 369 • Damit wirtschaftliche Impulse nachhaltig wirken, schaffen wir mit einem
 370 partizipativen Energiemarktdesign einen belastbaren Investitions- und
 371 Refinanzierungsrahmen für Erneuerbare und Systemintegrations-Technologien.
 372 Dadurch setzen wir die private Innovationskraft frei, nutzen gleichzeitig

373 die günstigen Kapitalkosten der Privathaushalte und verwirklichen unseren
374 Anspruch auf demokratische Teilhabe.

- 375 • Der Bausektor gehört zum Kern eines Konjunkturprogramms. Ambitionierte
376 energetische Gebäudesanierung hilft nicht nur dem Klima – sie stärkt auch
377 die Wirtschaft, schafft qualifizierte Arbeitsplätze im Handwerk und in der
378 Produktion. Wir brauchen wirksamere Fördersysteme für den
379 klimafreundlichen Ersatz von fossilen Heizungen und deutlich mehr
380 Gebäudedämmung. Konkret verdoppeln wir zunächst die bestehende Förderung
381 für den Tausch von Ölheizungen und legen für Stadtwerke einen
382 Eigenkapitalfonds auf. Darüber unterstützen wir sie gezielt beim Auf- oder
383 Umbau von klimafreundlichen Wärmenetzen oder erneuerbaren Wärmekonzepten
384 mit Geo- und Solarthermie.
- 385 • Auch in Industrie und Gewerbe starten wir eine Energieeffizienz-Offensive
386 und legen ein Förderprogramm und angemessene ordnungsrechtliche Vorgaben
387 auf, um die zahlreichen anstehenden Reinvestitionen in die richtige
388 Richtung zu lenken.
- 389 • Für Investitionen von Unternehmen sollte, wie schon in der Finanzkrise,
390 eine auf zwei Jahre befristete degressive Sonder-Afa eingeführt werden.
- 391 • Wir unterstützen die energieintensiven Rechenzentren finanziell dabei,
392 ihren Stromverbrauch zu senken und auf Erneuerbare Energien sowie
393 energieeffiziente Wasserkühlsysteme umzustellen. So leisten wir auch einen
394 Beitrag, um die digitale Souveränität Europas voranzubringen.

395 Die Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver
396 Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor
397 der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat
398 sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert,
399 wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob
400 Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Branche muss sich grundlegend ändern.

401 Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und
402 Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die ökologische
403 Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dieses verbindet
404 zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in
405 Richtung nachhaltiger Mobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und
406 finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Die Kaufanreize müssen auf
407 klimaneutrale Mobilität fokussiert werden, denn es wäre klimapolitisch und
408 industriepolitisch kontraproduktiv, jetzt erneut Verbrennungsmotoren mit
409 Milliardenhilfen zu fördern. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen
410 abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch
411 emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer
412 belastet werden. Zudem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und
413 die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

414 Die nun nötigen Konjunkturmaßnahmen bieten eine große Chance für die ökologische
415 Wende, vor allem im Verkehrsbereich: Bürger*innen, die ihren privaten Pkw
416 abmelden und keinen neuen anschaffen, können eine Mobilitätsprämie in Anspruch
417 nehmen, um darüber klimafreundliche Alternativen wie eine BahnCard, eine ÖPNV-
418 Jahreskarte, ein Lastenfahrrad oder Car- oder Bikesharing-Angebote mitfinanziert
419 zu bekommen. Denn mehr Autos sind nicht die Lösung. Zusätzlich erhalten Kommunen

420 eine Umbauprämie zur Förderung von klimafreundlichen Mobilitätsangeboten, etwa
421 dem Ausbau von städtischen Busnetzen, dem Aufbau von Sharing-Dienstleistungen
422 oder auch einer größeren Radewegenetzinfrastruktur. Damit sorgen wir dafür, dass
423 sich das klimafreundliche Verkehrsangebot infolge der Krise nicht verschlechtert
424 und mittelfristig mehr Menschen zum Umstieg weg vom privaten Pkw bewegt werden.

425 Ähnlich wie die Autobranche ist auch die Luftfahrt hart getroffen. Analog zur
426 Autobranche müssten staatliche Hilfen an ordnungsrechtliche Vorgaben gekoppelt
427 werden. Wie in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO₂-
428 Reduktionsstrategie im Sinne der Pariser Klimaziele für die Luftfahrt
429 vorzulegen, die das Flugverkehrsaufkommen insgesamt senkt. Dies kann zum
430 Beispiel durch Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des
431 Nachtflugverbots oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und
432 schadstoffärmere Flugzeuge geschehen.

433 **IV. Investitionen in die Zukunft**

434 Wir sollten jetzt ein zehnjähriges Investitionsprogramm von 500 Mrd. Euro
435 vorbereiten. Allein in unseren Kommunen besteht ein Sanierungsstau von 138 Mrd.
436 Euro und hier sind ökologische Investitionen, etwa in den Ausbau des
437 öffentlichen Nahverkehrs, noch gar nicht einbezogen. Es braucht gerade jetzt
438 starke Kommunen, die vor Ort handlungsfähig sind, sei es bei den Sozialdiensten
439 oder Frauenhäusern. Die Investitionen des Staates müssen deshalb nicht nur in
440 der Krise, sondern dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden. Die
441 ökonomischen Forschungsinstitute der Unternehmen und Gewerkschaften kommen auf
442 einen Investitionsbedarf von über 450 Mrd. Euro. Hinzu kommen Investitionen in
443 unser Gesundheitssystem, deren Notwendigkeit uns durch Corona vor Augen geführt
444 wurde. Allein unsere Krankenhäuser haben einen zusätzlichen Investitionsbedarf
445 von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr. Und in der Pflege sind die
446 Herausforderungen ebenfalls groß.

447 Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg
448 zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht
449 zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte
450 die öffentliche Hand Planer*innen und Projektsteuernde einstellen und die
451 Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch
452 verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung
453 einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über
454 den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele
455 Investitionen liegen bei den Kommunen und viele von ihnen werden durch Altlasten
456 erdrückt.

457 Das Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen verschärft diese Situation enorm. Bund
458 und Länder müssen den Kommunen mit einem Altschuldenfonds einen Neustart
459 ermöglichen, indem ihnen ein großer Teil ihrer Altschulden abgenommen wird. Sie
460 können dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar negativen Zinsen refinanziert
461 werden. Zudem müssen Kommunen mit besonders hohen Soziallasten unterstützt
462 werden. Dafür muss der Bund insbesondere einen höheren Anteil bei den Kosten der
463 Unterkunft und Heizung übernehmen.

464 Dieses riesige Investitionsvolumen ist gut angelegtes Geld, sowohl um eine große
465 globale Depression mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen und politischen
466 Folgen zu verhindern, als auch um krisenfestere und nachhaltige neue
467 Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Natürlich steigen dadurch die Schulden. Die
468 öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren unter dem Druck der Tilgung

469 dieser aufgenommenen Kredite stehen. Gleichzeitig dürfen wichtige
 470 Zukunftsinvestitionen nicht der Krise geopfert und keine Einschnitte bei der
 471 kommunalen Grundversorgung, der Infrastruktur und der sozialen Sicherung
 472 vorgenommen werden. Für eine nachhaltige Finanzierung der Kosten der Corona-
 473 Krise ist deshalb eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen
 474 Tilgungszeiträumen notwendig. Und Deutschland zahlt auf seine Schulden derzeit
 475 keine Zinsen. Eine zu schnelle, restriktive Tilgung würde die wirtschaftliche
 476 Erholung und Investitionsfähigkeit des Staates gefährden.

477 Wir müssen deshalb die Schuldenbremse reformieren, um mehr kreditfinanzierte
 478 Investitionen zu ermöglichen. Immer wieder hat Deutschland nach besonderen
 479 Herausforderungen (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des
 480 Lastenausgleichs gefunden. Die Krise verschärft die soziale Spaltung in
 481 Deutschland und Europa. Massenarbeitslosigkeit und die Folgen eines schwachen
 482 Gesundheitssystems werden süd- und osteuropäische Staaten besonders hart
 483 treffen. Immer mehr Europäer*innen stehen vor existenziellen Fragen, während
 484 einige wenige über große Vermögen und sehr hohe Einkommen verfügen. Über die
 485 Schulden hinaus, die durch die Corona-Krise entstanden sind, braucht es eine
 486 Politik, die diese Spaltung verhindert. Wenn die akute Krise überstanden ist,
 487 brauchen wir wirksame Instrumente, um die sozialen Folgen abzumildern, die
 488 Krisenkosten fair aufzuteilen und die EU zusammenzuhalten. Entsprechend brauchen
 489 wir einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat,
 490 kann mehr tragen.

491 **V. Unser Gesundheitssystem stärken**

492 Die Corona-Epidemie legt die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems
 493 offen. Unser Gesundheitswesen verfügt über ein gut ausgebautes System der
 494 Diagnostik, eine im europäischen Vergleich gute Akutversorgung mit zahlreichen
 495 Intensivbetten und eine gute technische Ausstattung. Zugleich ist aber deutlich
 496 geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der
 497 kommunalen Gesundheitsversorgung, beim Zugang zum Gesundheitssystem, bei der
 498 digitalen Vernetzung sowie bei der Beschaffung und Bevorratung von
 499 Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen, die behoben werden müssen.

500 Jetzt müssen wir unser Gesundheitssystem akut so gut stärken, wie es nur geht,
 501 um dieser Epidemie Herr zu werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten für den
 502 Ernstfall und eine gute und gut bezahlte Personalausstattung müssen Vorrang
 503 haben und gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Das sollte durchaus
 504 ökonomisch geschehen, aber Sicherheit geht vor. Das heißt konkret, dass uns als
 505 Gesellschaft die Investitionen in medizinische und pflegerische Infrastruktur
 506 und Investitionen in Pandemiemanagement mehr Geld wert sein müssen als bisher.
 507 Wir brauchen eine deutliche Aufwertung und berufsständische Stärkung der Pflege,
 508 attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Personalausstattung. Wir müssen
 509 die über Jahre ausgedünnten öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere die
 510 Gesundheitsämter, besser ausstatten und die Arbeitssituation für die Menschen im
 511 Gesundheits- und Pflegebereich verbessern. Um die Löhne in der Pflege zu
 512 verbessern, sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche
 513 Bezahlung in der Pflege baldmöglichst fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah
 514 für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender
 515 Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten gesetzliche Maßnahmen ergriffen
 516 werden. So könnte in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu
 517 verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich
 518 zahlen.

519 Der durch die Krise teilweise entstehende Schwung bei der Digitalisierung
520 unseres Gesundheitswesens muss genutzt werden, um Telemedizin und andere für die
521 Versorgung und die Forschung sinnvolle digitale Angebote auszubauen.
522 Forschungsdaten sollen unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes leichter
523 ausgetauscht werden können, genauso wie medizinische Logistik. Wir wollen einen
524 Investitionspakt von Bund und Ländern, um Krankenhäuser, aber auch den
525 öffentlichen Gesundheitsdienst bei den notwendigen Investitionen für die
526 digitale Infrastruktur zu unterstützen.

527 Mit digitaler Epidemiologie lässt sich aus einer Vielzahl anonymisierter Daten
528 der Gesundheitsstatus der Bevölkerung in Echtzeit analysieren, um so gezielter
529 eingreifen und einer künftigen Epidemie besser begegnen zu können. Nicht nur
530 dafür muss das E-Government der Verwaltung in Deutschland mit Hochdruck
531 entwickelt werden. Unsere Virolog*innen sind weltweit Spitze und die
532 Forschungseinrichtungen sind es auch. Wenn hingegen heute noch Gesundheitsdaten
533 per Fax von Amt zu Amt versendet werden müssen, weil es technisch anders nicht
534 geht, kostet uns das jetzt im Kampf gegen Corona wertvolle Zeit.

535 **VI. Recht auf Bildung, auch in der Pandemie**

536 Das Coronavirus hält auch der Bildungspolitik den Spiegel vor. Da sind die immer
537 noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt –
538 sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung der
539 Schüler*innen und ihrer Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen
540 und sanitären Zustände von Bildungseinrichtungen, die in Pandemiezeiten noch
541 größere Probleme als sonst hervorrufen. Da ist die Situation von Schüler*innen
542 mit Behinderung oder anderem sonderpädagogischem Förderbedarf, die sich in der
543 Krise in besonderer Form zuspitzt. Da ist eine den Zukunftsherausforderungen
544 nicht angemessene Fixierung auf Prüfungen und Leistungsnachweise, die den Blick
545 auf das pädagogisch und sozial Notwendige versperrt und Ressourcen bindet, die
546 an anderer Stelle gebraucht würden. Und da ist, nicht zuletzt, allen
547 Beteuerungen zum Trotz, der immer noch viel zu geringe Stellenwert der
548 frühkindlichen Bildung, wenn wieder nur unter dem Label "Betreuung" über Kitas
549 gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren pädagogisch versäumt wird, kann
550 vielfach kaum nachgeholt werden. Die Bildungspolitik reagiert bisher
551 unzureichend auf die Herausforderungen, weil sie die eingeschränkten Ressourcen
552 auf das Erfüllen von Lehrplänen und Ableisten von Prüfungen konzentriert, statt
553 auch die sozialen Folgen der Pandemie aufzufangen.

554 Auf der anderen Seite macht das Engagement vieler Akteur*innen Mut für einen
555 echten Bildungsaufbruch. Bildungsverantwortliche, Schulleitungen, Kommunen,
556 pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler*innen finden
557 neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation. Dabei
558 wird oftmals von den Praktiker*innen aufgefangen, was eigentlich in die
559 Verantwortung von Politik und Verwaltung fällt, nämlich der adäquate Umgang
560 unserer Bildungsinstitutionen mit einer solchen Krise. Dafür gebührt auch ihnen
561 unser Dank.

562 Es geht beim Lernen aus der Krise nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es
563 geht darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt,
564 nachhaltig und aufgeklärt handeln können. Einmal mehr wird deutlich, dass die
565 Zukunft unseres Bildungssystems in einem Paradigmenwechsel liegt; weg von der
566 Fokussierung auf Planerfüllung und reproduzierbarem, prüfbareren Fachwissen hin
567 zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung von

568 Krisenresilienz und dem Umgang mit Unsicherheiten und Ambiguitäten, von denen
569 unsere Zeit auch jenseits der aktuellen Pandemie geprägt ist und weiter sein wird.

570 Die Digitalisierung an den Schulen braucht dauerhaft finanzielle Unterstützung
571 vom Bund, nicht nur einen einmal gefüllten, befristeten Fördertopf. Die
572 Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam
573 schaffen. Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die
574 digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute. Dabei darf es nicht
575 darum gehen, digitale Tools einfach für analog gedachten und konzipierten
576 Unterricht zu nutzen. Das Fenster für echte Innovation in unserem Bildungssystem
577 ist so offen wie nie. Es ist unsere Aufgabe, dieses Fenster zu nutzen und eine
578 Bildung im und für das 21. Jahrhundert zu gestalten – unter den Bedingungen der
579 Digitalisierung, der ökologischen und der gesellschaftlichen
580 Zukunftsherausforderungen.

581 Ebenfalls muss die Digitalisierung an den Universitäten und Berufsschulen
582 unterstützt und verbessert und der Zugang aller Studierenden zu Online-
583 Vorlesungen sicher gestellt werden. Lehrende müssen bei der Nutzung digitaler
584 Tools begleitet werden. Ohne entsprechende Unterstützung droht die beschleunigte
585 Digitalisierung an Hochschulen, soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Die
586 Corona-Krise darf für Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, nicht zu
587 finanziellen Nachteilen führen. Deshalb soll das aktuelle Semester nicht auf die
588 Regelstudienzeit und damit im BAföG angerechnet werden.

589 Um den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist der weitere
590 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zentral. Hier könnte
591 die Krise möglicherweise alte Blockaden aufbrechen: Wenn für eine längere Zeit
592 der klassische Bildungsbetrieb nur eingeschränkt stattfinden kann, sollten Kitas
593 und Schulen die Möglichkeit haben, unbürokratisch und flexibel neue Lern- und
594 Freizeit-Angebote zu schaffen. Schulen sollen dafür ein Budget erhalten, das im
595 Rahmen eines sozialen Schutzschildes aus dem Mitteln des Bundes kommt.
596 Zusätzlich ist ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und
597 Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona
598 drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

599 Außerdem ist es dringend notwendig, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz
600 jetzt schon Strategien für die Zeit nach den Sommerferien entwickelt werden, die
601 die vielfältigen Auswirkungen des eingeschränkten Schulbetriebs in fachlicher,
602 pädagogischer, aber auch emotionaler und sozialer Hinsicht aufgreifen. Lehrpläne
603 und schulgesetzliche Bestimmungen müssen für das kommende Schuljahr
604 flexibilisiert und entlastet werden. Durchschnittsabschlüsse können – wie sich
605 im laufenden Schuljahr zeigt – bei allen Beteiligten zu Entlastungen führen.

606 **VII. Eine neue Chance für Europa**

607 Ganz Europa ist von der Corona-Krise betroffen. Unser Kontinent ist derzeit die
608 Region mit den meisten Infizierten weltweit. Alle sind betroffen, manche
609 Regionen, wie die Lombardei, das Elsass, Madrid ganz besonders. Wie schon in der
610 letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten
611 auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Auch das
612 Handeln der Bundesregierung hat in finanzpolitischen Fragen oder durch die
613 anfänglichen Exportbeschränkungen für medizinische Produkte das Vertrauen in die
614 europäische Solidarität weiter geschwächt.

615 Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern muss die Bundesregierung
616 sicherstellen, dass sich die Spaltung in der EU durch die Pandemie nicht noch
617 weiter verschärft. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die
618 Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Die
619 Bundesregierung muss die Krisenbewältigung konsequent europäisch angehen, damit
620 keine neue soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit
621 insbesondere in süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – drohen.

622
623 Aber es gibt viele Beispiele europäischer Solidarität, die Mut machen, dass die
624 europäische Idee in dieser Zeit besteht: europäische Patient*innen werden in
625 deutschen Krankenhäusern behandelt, über europäische Städtepartnerschaften wird
626 kommunale Hilfe organisiert, viele Personen aus der Zivilgesellschaft haben
627 individuelle Initiativen gestartet. Wir müssen diese Krise als Wendepunkt
628 begreifen, um die Gemeinschaft zu vertiefen. Dann kann Europa sogar gestärkt aus
629 ihr hervorgehen.

630 Wir wollen so schnell wie möglich zu den offenen Grenzen des Schengen-Raums
631 zurückkehren. Bei der Bekämpfung von Corona muss Europa zu seinen Werten stehen
632 und offen bleiben. Grenzkontrollen und Einreiseverbote müssen medizinisch
633 begründet, abgestimmt und verhältnismäßig sein. An die Stelle willkürlicher
634 Grenzkontrollen auf nationaler Ebene sollten zielgerichtete Beschränkungen auf
635 regionaler Ebene (die dann durchaus auch grenzübergreifend gelten) treten. Die
636 Kriterien müssen nicht überall zu einhundert Prozent identisch, aber
637 wirkungsgleich sein. Wo notwendig, muss an den Grenzen auf die Frage des
638 effektiven Gesundheitsschutzes fokussiert werden.

639 Europa braucht eine Koordinierung der Strategien aus dem Shutdown, auch um zu
640 verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische
641 Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung
642 sowie die bestmögliche Ausnutzung der gemeinsamen Test- und
643 Behandlungskapazitäten zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung
644 gemeinsam organisieren bzw. untereinander abstimmen, um zu verhindern, dass man
645 sich gegenseitig Konkurrenz macht. Die europäischen Anstrengungen in der
646 Impfstoffforschung sollten verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-
647 Forschungsfonds für Medikamente und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz
648 vermarktet werden. Es gilt, bei der nächsten Pandemie besser gerüstet zu sein.
649 Dafür muss das European Center for Disease Prevention and Control (ECDC)
650 gestärkt und ein European Health Corps gegründet werden. Das Health Corps
651 besteht aus regulären Mitarbeiter*innen europäischer Krankenhäuser, die im
652 Krisenfall schnell mobilisiert und in besonders betroffenen Regionen eingesetzt
653 werden können, damit kein Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen
654 nicht angemessen medizinisch versorgen zu können. Die bevorstehende deutsche
655 Ratspräsidentschaft sollte auch genutzt werden, um die Arzneimittelproduktion
656 wieder verstärkt in Europa anzusiedeln, um in diesen lebenswichtigen Bereichen
657 nicht von transkontinentalen Lieferketten abhängig zu sein. Die Corona-Krise
658 zeigt erneut, wie wichtig ein nachhaltiges Management von Lieferketten ist. Es
659 ist gut, dass die EU-Kommission ein verbindliches Lieferkettengesetz angekündigt
660 hat.

661 Mit den Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte eine neuerliche
662 Finanz- und Währungs Krise fürs Erste abgewehrt werden. Wieder einmal musste die
663 EZB einspringen, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren,
664 umfassende Maßnahmen wie gemeinsame Corona-Bonds für die Krisenbewältigung zu

665 beschließen. Das jetzt vereinbarte Paket aus ESM-Hilfen, Unternehmenskrediten
666 über die Europäische Investitionsbank und das europäische Kurzarbeiter*innengeld
667 sind ein erster Schritt, aber unzureichend.

668 Wenn jetzt in Ländern wie Spanien und Italien aus Angst vor einer Überschuldung
669 zu wenig getan werden kann, trifft das nicht nur die dortige Bevölkerung hart,
670 sondern am Ende alle Mitglieder der Union. Gerade die deutsche Wirtschaft ist
671 eng verknüpft mit diesen Ländern. Wenn dort keine deutschen Produkte mehr
672 gekauft werden, führt dies zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit bei uns.
673 Und wenn dort die Produktion wegen der Pandemie nicht wieder anlaufen kann,
674 stehen wegen der verwobenen Lieferketten hierzulande Bänder still. Nur wenn
675 Italien wieder auf die Beine kommt, wird Deutschland es auch. China wird
676 versuchen, sich in der kommenden Rezession in die europäische Wirtschaft
677 einzukaufen, und Putin die Möglichkeit nutzen, um europäische Demokratien zu
678 destabilisieren. Nur wenn Europa seine Interessen gemeinsam wahrnimmt, werden
679 insbesondere Süd- und Osteuropa diese Angebote ablehnen können

680 Diese europäische Antwort muss einen gemeinsamen Recovery Fund beinhalten, der
681 durch gemeinsame Anleihen finanziert wird, um so die Krisenlasten gemeinsam und
682 solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser
683 Klimaschutzziele und dem Green Deal orientieren. Der Recovery Fund hat einen
684 Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe
685 der Herausforderung angemessen. Die Verschuldung zählt nicht in die nationalen
686 Schuldenquoten und soll nach ökonomischer Leistungsfähigkeit geschultert werden.
687 Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der Inflation. Der
688 Recovery Fund muss strenger Antikorruptionsüberwachung und parlamentarischer
689 Kontrolle unterliegen.

690 Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler*innen und der
691 Einzelhandel in den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne
692 riesige Gewinne. Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare
693 traditionelle Unternehmen. Deshalb wäre jetzt spätestens der Zeitpunkt, dass
694 sich die Bundesregierung diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade
695 bei der europäischen Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-
696 Kommission, die Umsätze digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind,
697 mit drei Prozent zu besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf
698 Milliarden Euro führen. Wenn einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren,
699 braucht es eine Koalition der Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen
700 und globalen Lösung.

701 In der Krise erweist sich das jahrelange Bremsen und Verweigern der deutschen
702 Bundesregierung in zentralen europäischen Fragen als schwere Hypothek. Nach der
703 Krise müssen in der Europäischen Union die seit Jahren aufgeschobenen
704 Entscheidungen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, wie
705 beispielsweise ein eigener EU-Haushalt mit einem eigenen fiskalpolitischen
706 Instrument, der Umgang mit Handelsungleichgewichten und die Vollendung der
707 Bankenunion endlich angegangen werden. Ein größerer EU-Haushalt ab 2021 bedeutet
708 auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union,
709 eigene Einnahmen zu generieren, um die EU strukturell zu stärken. Um Europa neu
710 aufzustellen muss die Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder
711 übernehmen, sie muss aber endlich auch eigene konstruktive Vorschläge machen, um
712 die Probleme zu lösen und nicht weiterhin nur verweigern und im Falle einer
713 Krise die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung der Europäischen
714 Zentralbank zuschieben. Zu den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung

715 des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

716

717 Der Stellenwert der eigenen Grundüberzeugungen erweist sich besonders in der
718 Krise. Auch die Bundesregierung muss sich deshalb dem drohenden Abbau von
719 Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Pressefreiheit in einigen EU-
720 Mitgliedstaaten entgegenstellen – im europäischen Verbund, nicht zuletzt im Zuge
721 der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die EU-Kommission fordern wir
722 auf, alle nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in EU-
723 Mitgliedstaaten auf ihre Einhaltung europäischen Rechts hin zu untersuchen und,
724 wo nötig, entsprechend einzugreifen. Um die Antworten der EU auf die Krise mit
725 allen Europäer*innen zu diskutieren, muss sich die Bundesregierung im Rat dafür
726 einsetzen, dass die Konferenz für die Zukunft Europas dafür genutzt wird.

727 Die Welt wird nur im Geist der Kooperation gut durch diese Pandemie kommen. So
728 vernetzt sie ist, so kurzfristig egoistisch handeln derzeit die meisten
729 Nationalstaaten. Wenn Europa kooperativ und solidarisch vorangeht, schaffen wir
730 eine starke und unwiderstehliche Gegenerzählung mit globaler Wirkung. Die ganze
731 Welt kämpft gegen diese Corona-Pandemie. Deshalb müssen in der Pandemie die
732 Zölle für überlebenswichtige Produkte wegfallen und Exportbeschränkungen
733 aufgehoben werden. Sieben Milliarden Menschen warten auf einen Impfstoff und
734 Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald
735 vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

736 Wir müssen deshalb über eine Lockerung der Regeln geistigen Eigentums nachdenken
737 und die Besitzer*innen geistigen Eigentums dazu aufrufen, günstige Lizenzen in
738 einem internationalen Patentpool anzubieten, der über die WTO koordiniert wird –
739 insbesondere für einen neu entwickelten Impfstoff oder eine anerkannte Therapie.
740 Die globale Rezession droht in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein
741 Brandbeschleuniger der Schuldenkrise und damit von Armut, Flucht und Konflikten
742 zu werden. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Schulden des globalen
743 Südens erlassen werden. Weiterhin braucht es eine deutliche Erhöhung der
744 Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds, um besser gegen
745 spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Die Europäische Zentralbank sollte
746 prüfen, inwiefern sie Entwicklungs- und Schwellenländern mit weiteren Devisen-
747 Swap-Vereinbarungen im Falle von Kapitalflucht beistehen kann. Die Bekämpfung
748 illegaler Finanzströme muss intensiviert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass
749 globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden. Wir brauchen ein globales
750 Hilfspaket gegen das Corona-Virus und seine Folgen und eine Stärkung der
751 Vereinten Nationen.

752 Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs nach weltweiten
753 Waffenstillständen. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss bei den
754 europäischen und internationalen Partnern geltend machen, um auf dieses Ziel
755 hinzuarbeiten. Sie muss schnell ausreichende zusätzliche Mittel für
756 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen.
757 Gleichzeitig dürfen die internationale Gemeinschaft und die deutsche humanitäre
758 Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit nicht bei Maßnahmen in bestehenden
759 Gesundheitsprogrammen nachlassen.

760 **VIII. Stärker aus der Krise**

761 Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir vermissen und unbedingt wiedergewinnen
762 wollen: unsere Freiheit, soziale Nähe und die Vielschichtigkeit unseres Lebens;
763 den öffentlichen Raum; Kitas, Schulen und Hochschulen; den direkten Austausch

764 mit den Kolleg*innen am Arbeitsplatz; Kultur und das bunte Leben, mit Kneipen,
765 Kinos, Konzerten, lebendigen Innenstädten, die uns weiter fehlen und die jetzt
766 um ihre Existenz kämpfen; unser vereintes und offenes Europa.

767 Der Shutdown hat uns auch gezeigt, was wir stärker wertschätzen und fördern
768 müssen:

769 Die Klugheit einer aufgeklärten Gesellschaft, die fähig ist, präventiv zu
770 handeln; in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu leben; unsere
771 öffentliche Daseinsvorsorge, ein lebendiges Gemeinwesen vor Ort und einen
772 starken Sozialstaat; unabhängige Qualitätsmedien und den Öffentlich-Rechtlichen
773 Rundfunk; solidarische Menschen und einen solidarischen Staat; saubere Luft auch
774 in den Städten und staufreie Straßen; die Möglichkeit des Homeoffice; ein
775 parlamentarisches Miteinander zwischen Regierung und Opposition, das gemeinsam
776 Dinge löst, statt nur gegeneinander zu arbeiten.

777 Nicht zuletzt führt uns die Corona-Krise vor Augen, was wir in der Vergangenheit
778 versäumt haben. Es gab Pandemiewarnungen und sogar Pandemienotfallvorkehrungen
779 mit Drucksachenummer des Bundestages, aber in der Realität, als Gesellschaft
780 waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen Resilienz noch lernen. Dazu
781 gehört, dass wir bei der Arzneimittelproduktion und zentralen Utensilien für
782 Seuchenbekämpfung nicht allein auf den Markt setzen können. Wir müssen in Europa
783 selbst in der Lage sein, die zentralen medizinischen Produkte und Medikamente zu
784 produzieren, ebenso wie Lebensmittel, die wir zum Leben in einer Notlage
785 brauchen. Dazu gehört, dass wir kritische Infrastrukturen, beispielsweise vor
786 weitreichenden IT-Angriffen, besser schützen. Wir müssen die Digitalisierung
787 voranbringen, wir müssen Europa und multilaterale Institutionen stärken und wir
788 müssen verstehen, dass der Raubbau an den natürlichen Ökosystemen das Risiko von
789 Epidemien erhöht. So haben Ausbrüche von Infektionskrankheiten in den letzten 40
790 Jahren immer stärker zugenommen. Circa zwei Drittel davon sind Zoonosen, also
791 Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen wurden. Wir müssen die
792 Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien
793 zukünftig besser einzudämmen.

794 Nur wenn wir uns selbstkritisch reflektieren, können wir uns besser gegen
795 zukünftige hereinbrechende Katastrophen wappnen. Vorsorge ist politisch das
796 Schwierigste überhaupt. Aber Corona führt uns jeden Tag vor Augen, wie wichtig
797 sie ist. Entsprechend geht es uns mit diesem Antrag darum, über die unmittelbare
798 Krisenbekämpfung hinaus Leitlinien für die nächsten Schritte zu beschließen und
799 die richtigen Lehren aus der Erfahrung der letzten Wochen zu ziehen. Wir wollen
800 schneller sein als das Virus, damit seine schlimmsten Folgen verhindert werden
801 können und wir stärker aus der Krise kommen als wir hineingegangen sind.

Beschluss (vorläufig)

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

- 1 Das Corona-Virus hat die Menschheit in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir
2 betauern bereits über 200.000 Tote und großes Leid. Um die Pandemie zu
3 bekämpfen, wurde das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf der ganzen
4 Welt weitgehend angehalten, mit dramatischen Auswirkungen: Menschen verlieren
5 ihre Arbeit, sozialer Stress und häusliche Gewalt nehmen zu. Die Welt steht vor
6 einer tiefgreifenden Rezession.
- 7 Noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Es gilt – mit aller Kraft – die
8 Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und
9 ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Dafür müssen wir weiter große Vorsicht
10 walten lassen und lernen, für eine längere Zeit mit dem Virus zu leben und es
11 zugleich immer besser und zielgenauer zu bekämpfen.
- 12 Corona ist eine globale Herausforderung, auf die es eine globale Antwort geben
13 muss. Kein Staat kann sie allein bewältigen. Das gilt vor allem für uns in
14 Europa. Wir müssen Wege aus der Krise konsequent europäisch denken. Nur
15 europäisch kommen wir durch diese schwere Zeit, nur gemeinsam werden wir die
16 Pandemie bekämpfen und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können.
17 Europas Zusammenhalt hat bereits großen Schaden genommen. Wir müssen jetzt alles
18 dafür tun, dass das Friedensprojekt Europa zum historischen Kurs der Integration
19 zurückfindet.
- 20 Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand
21 kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die
22 Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln
23 ist. An unserer Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz zu arbeiten, wird am Ende
24 den Unterschied machen.
- 25 In der Not zeigt sich, worauf es ankommt: auf Gemeinsinn, Solidarität und
26 Humanität. Auf die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins
27 sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von
28 Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen und den Erhalt unserer natürlichen
29 Lebensgrundlagen. Auf eine starke Daseinsvorsorge. Auf die Stärke derer, die man
30 in der Gesellschaft oft nicht sieht: Lastwagenfahrer*innen, Erntehelfer*innen,
31 Kassierer*innen, Reinigungskräfte und Pfleger*innen. Den Mitarbeiter*innen in
32 den Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Forschungseinrichtungen, bei den
33 Medizinproduktherstellern, in den Arztpraxen, bei Bundeswehr, Polizei und
34 Feuerwehr, den Rettungskräften oder den zahlreichen Krisenstäben. Auf die vielen
35 Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten CareBerufen, sondern auch in vielen
36 Familien alles am Laufen halten. Ihnen allen schulden wir nicht nur Dank,
37 sondern ein Versprechen für die Zukunft: Anerkennung, Gleichberechtigung,
38 bessere Löhne. Eine neue Politik der Sicherheit – vorsorgend, widerstandsfähig,

39 umfassend und europäisch. Wir brauchen ein neues, ein nachhaltiges
40 Sicherheitsversprechen.

41 Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht
42 selbstverständlich. Wir stehen an einer Wegscheide. Schreiben wir eine alte
43 Politik, die alte Brüchigkeit, die alten Probleme fort und schaffen damit neue?
44 Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft
45 und Gesellschaft auf festem Grund wieder auf? Wir sind überzeugt, dass nur ein
46 politischer Aufbruch nachhaltig aus der Krise führt. Nur, wenn wir Dinge
47 grundlegend verändern, wenn wir aus Bekenntnis Wirklichkeit machen, werden wir
48 diese und die anderen großen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise –
49 bewältigen. Widerstandsfähig gegen globale Krisen zu sein, ist der Schlüssel für
50 eine neue Sicherheit im 21. Jahrhundert.

51 Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die
52 gesellschaftlichen Debatten und die Politik noch lange Zeit prägen. Nach der
53 Pandemie wird unsere Welt eine andere sein. Doch mit jedem Schritt voran – und
54 sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft.

55 Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein lernendes System, in
56 dem mündige Bürgerinnen und Bürger frei über ihre Zukunft diskutieren. Das ist
57 die Voraussetzung für Innovation. Aus den jetzigen Erfahrungen können und müssen
58 wir Lehren für die Zukunft ziehen. Mit Corona enden die politischen Debatten
59 nicht, sondern sie beginnen neu.

60 **II. Handeln in der Pandemie**

61 Deutschland hat die Pandemie entschlossen bekämpft und bislang das
62 Gesundheitssystem vor einem Kollaps geschützt. Aber noch ist nichts gewonnen.
63 Solange ein Impfstoff nicht verfügbar ist, wird das Corona-Virus eine andauernde
64 Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden
65 Einschränkungen leben müssen. Wir müssen fundiert darüber sprechen, wo und wie
66 Lockerungen bei den jetzigen Beschränkungen stufenweise und unter der Prämisse
67 möglich sind, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Der von der
68 Bundesregierung geplante allgemeine Immunitätsausweis ist kontraproduktiv, weil
69 er ein Anreiz sein kann, sich mutwillig zu infizieren. Zudem ist sein
70 gesellschaftliches Spaltungspotential enorm, Diskriminierungen in Privatleben,
71 Beruf und öffentlichem Raum könnten seine Folge sein. Wir lehnen ihn ab.

72 In dieser Ausnahmezeit ist Verhältnismäßigkeit das Gebot der Stunde. Es ist die
73 Verantwortung des Staates immer wieder zu prüfen, ob die massiven
74 Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind und ob es mildere Mittel gibt.
75 Einschränkungen, genauso wie schrittweise Lockerungen, müssen entlang von
76 klaren, nachvollziehbaren Kriterien so transparent wie möglich erklärt werden,
77 um Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Die Einschränkungen müssen
78 geeignet, erforderlich und angemessen sein, die Folgewirkungen in den Blick
79 nehmen, mögliche Alternativen betrachten und gründlich abgewogen werden. Sie
80 sind zeitlich zu befristen und immer wieder aufs Neue zu begründen. Während es
81 im Shutdown eine große Geschlossenheit gab, droht sich die Gesellschaft in
82 Phasen der Lockerung zu spalten. Statt sich in Durchhalteparolen und
83 Lockerungsübungen aufzureiben, brauchen wir eine andere, zielgenauere Strategie
84 zur Bekämpfung des Virus, die auf Tests, schneller Nachvollziehbarkeit von
85 Infektionen und auf Schutzmaßnahmen beruht. Wir müssen jetzt daran arbeiten,
86 dass die Voraussetzungen dafür vor allem in den sensiblen Bereichen geschaffen

87 werden. Lockerungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen nicht davon
88 abhängen, welche Lobbygruppe die stärksten Einflussmöglichkeiten hat.

89 Mit dem Shutdown haben Bund und Länder die massivsten Grundrechtseingriffe in
90 der Geschichte der Bundesrepublik sowie beispiellose Hilfspakete beschlossen.
91 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Maßnahmen im Bundestag und auf Ebene der
92 Landesregierungen mitgetragen, Vorschläge eingebracht und damit zu einem
93 schnellen, geschlossenen Handeln beigetragen. Auch so konnte breites Vertrauen
94 in den notwendigen Shutdown entstehen. Wir stehen bereit, auch weiter die Last
95 mit zu schultern. Dafür treiben wir mit eigenen Vorschlägen an, wo
96 Handlungsbedarf besteht und bremsen, wo nötig. Fraktionen und Parlamente sind
97 von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie
98 sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten. Es ist unsere
99 Verantwortung, diese Vorgänge nicht nur jetzt kritisch zu begleiten, sondern
100 nach Bewältigung der Krise umfassend, fair und solidarisch aufzuarbeiten, Fehler
101 zu erkennen um bessere Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

102 Bei allem gesellschaftlichen Zusammenstehen werden jetzt zunehmend die
103 politischen Versäumnisse der Bundesregierung sichtbar. Mit der gleichen
104 Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende,
105 europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden, die sich am
106 globalen Bedarf orientiert. Viele Unternehmen im Land sind bereit zu helfen und
107 ihre Produktion auf elementar notwendige Schutzgüter umzustellen. Doch wenn die
108 Bundesregierung nicht koordiniert, funktioniert es nicht. Wir brauchen
109 zuverlässige Zahlen über den notwendigen Bedarf, Abnahmegarantien,
110 gegebenenfalls Investitionshilfen und Koordination bei Engpässen in den
111 Lieferketten.

112 Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nasen-Masken müssen drastisch
113 gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die
114 sozialen Hilfeeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe,
115 Frauenberatungsstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte
116 für Schutzsuchende oder die Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie
117 müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Wir
118 benötigen eine datenschutzkonforme, pan-europäische, freiwillige Corona-Tracing-
119 App als wichtigen Baustein der Epidemiebekämpfung. Die Abläufe in den
120 Gesundheitsämtern müssen verbessert, beschleunigt und digitaler werden, es
121 braucht ausreichend Personal zur gezielten Verfolgung von Infektionsketten und
122 Quarantänebegleitung. Eine Corona-Tracing-App ist ein weiterer wichtiger
123 Baustein – auch europaweit – zur Eindämmung des Virus. Sie muss schnellstmöglich
124 bereitstehen, auf uneingeschränkter Freiwilligkeit beruhen, quelloffen und
125 interoperabel sein und den höchsten Standards beim Datenschutz und der IT-
126 Sicherheit genügen. Die Daten dürfen nur auf den Endgeräten verarbeitet werden.
127 Diese Prinzipien müssen gesetzlich abgesichert werden.

128 Die Krise befeuert die sozialen Probleme und zeigt, wer keine Lobby hat:
129 Familien, vor allem Alleinerziehende, und Kinder. So verschärft die Schließung
130 von Schulen und Kindergärten die Chancenungleichheit für Kinder dramatisch.
131 Zwischen ‚komplett geschlossen‘ und ‚alle sofort wieder rein‘, muss es Raum für
132 Verhältnismäßigkeit und pragmatische Lösungen geben – tageweiser
133 Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme
134 eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine
135 Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.
136 Wenn die Gesellschaft unter Druck gerät, bekommen marginalisierte und vulnerable

137 Gruppen, beispielsweise Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und wohnungslose
138 Menschen, die Folgen der Corona-Krise zu spüren. Wie eine Gesellschaft mit
139 diesen Gruppen und Minderheiten umgehen, ist ein Seismograph für die Stärke
140 unserer Demokratie – nicht nur, aber eben gerade auch in Krisenzeiten.

141 Mit neuer Wucht wird sichtbar, wie sehr unser gesellschaftliches Leben und damit
142 auch unser wirtschaftlicher Wohlstand immer noch darauf beruht, dass Frauen
143 Kinder betreuen, sich ums Essen kümmern oder die Wohnung putzen. Kinderbetreuung
144 darf aber nicht zur Privatsache werden, Familien müssen auf den Staat bauen
145 können. Nötig ist zudem ein großer, umfassender sozialer Schutzschirm, der auch
146 jene schützt, die arm sind, obdachlos, die Stress, Verhetzungen im Netz,
147 häuslicher Gewalt, Depressionen oder Suizidgefahr ausgesetzt sind.

148 Je länger die Pandemie andauert, umso stärker rückt die Frage in den
149 Vordergrund: Wie mit der Bedrohung durch das Virus leben lernen, ohne das
150 öffentliche Leben langfristig drastischen Einschränkungen zu unterwerfen? Wir
151 müssen uns jeden Tag aufs Neue – auch mit Blick auf eine mögliche neue Corona-
152 Welle – damit auseinandersetzen, wie wir unter Pandemie-Bedingungen Bildung,
153 Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht
154 zuletzt chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben
155 organisieren, während wir gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung
156 schützen.

157 **II. Klimakrise und Corona gemeinsam bekämpfen**

158 Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession. Der internationale
159 Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit
160 der großen Depression der 1930er Jahre führen wird. Das ist eine tiefgreifende
161 wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in
162 Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Bei den nationalen
163 Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Coronakrise muss ein
164 weiteres soziales und wirtschaftliches Auseinanderklaffen zwischen den
165 Mitgliedsstaaten unbedingt verhindert werden. Die Konjunkturprogramme müssen
166 deshalb europäisch gedacht bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein,
167 beispielsweise verknüpft über den Green Deal, damit sich alle Länder im
168 europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen.

169 Für dieses historische Moment gibt es keine Blaupause. Die wirtschaftlichen
170 Auswirkungen treffen fast alle Lebensbereiche und Branchen, aber sie treffen
171 diese sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen können dank Homeoffice nahezu
172 weiter machen wie vor der Krise, haben aber weniger Aufträge. Einige verbleiben
173 vielleicht noch monatelang im Shutdown und sehen kaum noch eine Perspektive.
174 Andere können mit deutlichen Beschränkungen langsam wieder aufmachen, aber ihre
175 Lieferketten funktionieren nicht. Dazu kommt, dass wir mit den
176 wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht die gesundheitspolitischen konterkarieren
177 dürfen.

178 Anders als nach der Finanzkrise werden wir uns in Deutschland dieses Mal nicht
179 einfach aus der Rezession herausexportieren können. Die Nachfrage ist global
180 eingebrochen. Und wir müssen eine Antwort darauf finden, dass sich alte soziale
181 Schief lagen durch Corona verschärfen und neue auftun.

182 Bei all dem ist es die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise zu
183 bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre.
184 Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem

185 Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem
186 Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn
187 die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch
188 beschleunigen.

189 Es ist daher entscheidend, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Ohne Frage ist
190 die Rezession mit voller Kraft zu bekämpfen, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit zu
191 erhalten. Tun wir das aber mit einer alten Politik und alten Mitteln,
192 produzieren wir neue Unsicherheit und steuern auf gigantische soziale und
193 wirtschaftliche Schäden zu. Unser Handlungsrahmen müssen der Pariser
194 Klimavertrag und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung sein.

195 Vor der Pandemie hatte ein breites Bündnis aus Unternehmen, Klimabewegung,
196 Gewerkschaften, Forscher*innen und Wissenschaftler*innen die Chancen erkannt,
197 die in einem Aufbruch liegen, der Klimaschutz, ökonomische Dynamik und sozialen
198 Ausgleich zusammenbringt. Das Leitbild unseres Handelns ist klar: Wir brauchen
199 eine konsequente Transformation nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft hin
200 zu nachhaltigen Materialien, Ressourcen- und Energieeffizienz.

201 Kreislaufwirtschaft fördert Innovation und sichert Zukunftsfähigkeit und Chancen
202 auf allen Märkten. Wir haben eine doppelte Aufgabe und doppelte Chance: die
203 durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen.
204 Herzstück des Auswegs aus der Krise muss der Europäische Green Deal sein. Ersten
205 Versuchen, diesen unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie aufzuweichen oder in
206 Teilen zu verschieben, stellen wir uns entschieden entgegen. Der Green Deal muss
207 zum Pakt für die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft werden.

208 Es wird massive Anstrengungen und beispiellose Programme brauchen, um diese
209 Herausforderungen zu lösen. Jetzt ist die Zeit großer und kreativer Antworten
210 und entschlossenen Handelns. Wir müssen auf der einen Seite kurzfristig
211 stimulieren und stabilisieren und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität
212 und Zukunftsfähigkeit setzen. Dabei ist völlig klar: Ein solches
213 Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar.
214 Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum
215 Wiederaufbau eingeschlagen werden.

216 **III. Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise – sozial und ökologisch**

217 Es braucht Direkthilfen für die Branchen, die im Shutdown stillstehen müssen,
218 und Konjunkturstimuli für die, die langsam wieder anlaufen.

219 Dabei ist klar, dass aus Steuermitteln finanzierte Wirtschaftshilfen in der
220 Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden
221 oder den Manager*innen Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat
222 erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt
223 wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an
224 den Staat zurückzahlen. Unternehmen, die Staatshilfe beantragen, sollten
225 zunächst offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Gewinn machen und wie
226 viele Steuern sie zahlen. Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu
227 beitragen, dass bestehende Steuerschlupflöcher gar geweitet werden. Staatliche
228 Beteiligungen an Unternehmen sind an die Bedingung von ökologischen und sozialen
229 Kriterien für die jeweiligen Branchen gebunden. Wenn der Staat sich mit
230 Steuergeldern an Unternehmen beteiligt, muss er auch Mitspracherechte haben und
231 Einfluss auf die Unternehmensstrategie nehmen können, wie private Investoren
232 auch.

233 Für dieses Jahr sollte ein deutsches Konjunktur-Sofortprogramm von etwa 100
234 Milliarden Euro vorbereitet werden, das dann schnell greifen kann, wenn die
235 medizinische Lage ein stärkeres Wiederanfahren des ökonomischen Lebens erlaubt.
236 Stimulieren wir dann schnell die Konjunktur, verhindern wir, dass Millionen
237 Menschen in unserem Land durch die Folgen von Corona in Existenznöte geraten,
238 Pleitewellen unsere Innenstädte veröden lassen, dass das, was uns lieb und teuer
239 ist, Kultur, Reisen, dauerhaften Schaden nimmt. Es braucht dabei Unterstützung
240 gerade für die Schwächsten. Die Maßnahmen sind auf die Dauer der
241 Krisenbewältigung zu befristen und immer wieder zu überprüfen.

242 Für dieses Sofortprogramm schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

243 ***Lokalen Einzelhandel stärken – Pleitewellen verhindern***

- 244 • Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie
245 sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der
246 Strukturwandel des Handels in Richtung online hat sich beschleunigt, es
247 droht eine Insolvenzwelle im stationären Handel. Um eine Verödung der
248 Innenstädte zu verhindern, schlagen wir für die zweite Jahreshälfte einen
249 Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Mit direkten Zuschüssen und
250 Kaufanreizen in Form von Kauf-vor-Ort Gutscheinen wollen wir den Erhalt
251 der Strukturen im Einzelhandel, der Gastronomie und im Kulturleben
252 sichern. Darüber hinaus wollen wir insbesondere den stationären Fachhandel
253 und inhabergeführte Läden bei der Digitalisierung und der strukturellen,
254 regionalen Verankerung digitaler Geschäftsmodelle unterstützen. Die
255 Einführung von zusätzlichen kostenlosen Nahverkehrsangeboten für den
256 Einkaufsverkehr kann ebenfalls helfen, den Konsum anzureizen. Die
257 Gastronomie kann zudem durch eine Ausweitung von Ausschankflächen im
258 Freien, die die Einhaltung von Abstandsregelung ermöglichen, unterstützt
259 werden. Dazu sollen wo immer möglich öffentliche Flächen und Parkplätze
260 zeitlich befristet der Gastronomie zur Verfügung gestellt werden.
- 261 • Es braucht zudem gezielt einen Fonds für die weiterhin geschlossene
262 Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, um deren Fortbestand zu sichern,
263 dies ist wirksamer und fairer als das von der Bundesregierung geplante
264 Umtauschsystem.

265 ***Soziale Absicherung verbessern – Kaufkraft erhalten***

- 266 • Zur Deckung der steigenden Kosten während der Pandemie soll ein
267 monatlicher Zuschlag auf die Grundsicherung (SGB II, SGB XII, AsylBLG) von
268 100 Euro monatlich für Erwachsene gewährt werden. Statt Mittagessen per
269 Lieferdienst, wie die Bundesregierung es plant, fordern wir einen
270 monatlichen Zuschlag von 60€ für anspruchsberechtigte Kinder und
271 Jugendliche nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, der automatisch
272 ausgezahlt wird. Der derzeit erleichterte Zugang zur Grundsicherung muss
273 für alle Menschen gelten, um ein Zwei-Klassen-System zu verhindern. Dazu
274 muss sie als individuelle Leistung, ohne Anrechnung von
275 Partner*inneneinkommen gewährt werden.
- 276 • Wir wollen zudem temporär das BAföG auch für Studierende öffnen, die sonst
277 nicht förderberechtigt sind, da ihnen derzeit vielfach die
278 Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen.

- 279 • Solange Kitas und Schulen nicht wieder in vollem Umfang geöffnet haben,
280 sollen Eltern, die deshalb ihre Kinder betreuen, die Möglichkeit haben, in
281 Elternzeit zu gehen und dafür ein Corona-Elterngeld erhalten. Das
282 Elterngeld soll so gestaltet sein, dass es Anreize für eine
283 gleichberechtigte Kinderbetreuung setzt.
- 284 • Das Kurzarbeitergeld soll auf 90 Prozent für Einkommen bis 1.300 Euro
285 erhöht und bis zu 2.300 Euro degressiv auf 60 Prozent abgesenkt werden.
286 Wir wollen verhindern, dass kleine Selbständige einen Antrag auf
287 Grundsicherung stellen müssen. In Bereichen, die einen längeren Shutdown
288 erfahren, soll deshalb eine Art Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Die
289 Leistung sollte bei 55 Prozent des jeweiligen Steuergewinns der letzten
290 Jahre liegen, maximal bei 1.500 Euro/Monat.
- 291 • Wir wollen Privat- und Gewerbemiet*innen entlasten. Der krisenbedingte
292 Verlust der eigenen Wohnung muss verhindert werden. Über die Maßnahmen der
293 Bundesregierung hinaus braucht es daher finanzielle Unterstützung von
294 Mieter*innen mit krisenbedingten Einkommensausfällen als Fonds oder
295 Programm der KfW Bank. Strom-, Wärmeenergie-, Wasser- und Telefon- oder
296 Internetsperren dürfen in der Krise nicht vollzogen werden. Betriebe und
297 Gewerbe, die direkt von der Pandemie-Schließung betroffen sind und kaum
298 Nachholeffekte bei den Einnahmen erzielen können, sollten die gesetzliche
299 Möglichkeit bekommen, Mieten zu mindern oder gar auszusetzen. Hierzu kann
300 die österreichische Regelung als Vorbild dienen, die im Allgemeinen
301 bürgerlichen Gesetzbuch ermöglicht, dass die Mietzahlungspflicht entfällt,
302 wenn das Objekt wegen „außerordentlicher Zufälle“ nicht benutzt werden
303 kann, worunter auch eine Pandemie fällt. Vermieter*innen, die auf diese
304 Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung
305 erhalten. Die Corona-Krise darf nicht zu weiterer Marktkonzentration
306 einiger weniger Wohnungsunternehmen führen.
- 307 • Für Auszubildende soll zu jedem Zeitpunkt Kurzarbeitergeld in Höhe von 100
308 Prozent beantragt werden können. Wir wollen verhindern, dass
309 Auszubildende der aktuellen Situation zum Opfer fallen. Darüber
310 hinaus muss sichergestellt werden, dass die Zeiten ausfallenden
311 Unterrichts nicht im Betrieb geleistet werden müssen, sondern
312 vollumfänglich für selbstständiges Lernen verwendet werden können.

313 ***Ökologische Modernisierung der Industrie beschleunigen***

314 Um den Industrieunternehmen zu helfen, die durch die Pandemie in Existenznöte
315 geraten, wollen wir großzügige staatliche Unterstützung anbieten. Dabei sollen
316 die Investitionen gleichzeitig der ohnehin notwendigen ökologischen
317 Modernisierung dienen, damit die Unternehmen den Einstieg ins klimaneutrale
318 Zeitalter nicht verpassen, indem sie jetzt falsch abbiegen. Direkte Hilfen
319 sollen daher die Investitionen fördern, die einem der sechs EU-Umweltziele
320 dienen (Taxonomie). Und: Firmen müssen bestimmte Sozialstandards einhalten. Zudem
321 sollte der Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung
322 aufgegriffen werden: Wenn Unternehmen belegen, dass sie nach dem Pariser
323 Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat
324 jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

325 ***Unsere Vorschläge:***

- 326 • Über eine direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir
327 Investitionen in transformative CO₂-freie Verfahren und Prozesse durch
328 direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern. Damit wollen
329 wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über degressive Abschreibungen
330 der getätigten Investitionen für transformative CO₂-freie
331 Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize
332 setzen.
- 333 • Wir wollen den Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.
334 Damit treiben wir sowohl in Industriebranchen wie Stahl und Chemie als
335 auch im Luft-, Schiffs- und Güterverkehr gezielt Klimaschutz als auch
336 höhere Investitionen voran. Dazu gewähren wir Investitionszuschüsse für
337 Wasserstoff-Pipelines und schaffen Innovations- und Experimentierräume, um
338 verschiedene Geschäftsmodelle und Anwendungen besser erproben zu können.
- 339 • Mit Klimaverträgen wollen wir Investitionssicherheit – gerade in der
340 klimaintensiven Industrie – schaffen. Damit wollen wir die Differenz
341 zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
342 Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die
343 Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden
344 die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren
345 ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon
346 Contracts for Difference) abgeschlossen.
- 347 • Wir wollen für die Bürger*innen und insbesondere mittelständische
348 Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli
349 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Wind- und
350 Sonnenenergie sind heute die günstigsten Energiequellen, das haben wir dem
351 EEG zu verdanken. Diese Technologieentwicklung haben auch die
352 Stromkund*innen ermöglicht. Neben dem Strombereich müssen aber auch die
353 Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie mit grüner Energie dekarbonisiert
354 werden, z.B. über Elektromobilität, Wärmepumpen uvm. Hierzu trägt eine
355 gesenkte EEG-Umlage bei, die über den Bundeshaushalt gegenfinanziert wird.
356 Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro
357 erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die Maßnahme durch die
358 Einnahmen aus dem CO₂-Preis.
- 359 • Bei den Erneuerbaren Energien können wir dank der inzwischen attraktiven
360 Kosten durch einen beschleunigten Ausbau ebenfalls wirtschaftliche Impulse
361 setzen – ohne dass dem Staat dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Der PV-
362 Deckel von 52 Gigawatt muss sofort aufgehoben werden, härtere
363 Abstandsregeln bei Windkraftanlagen dürfen nicht kommen, bereits
364 bestehende zu weitgehende müssen zurückgenommen werden. Im Anschluss
365 brauchen wir eine EEG-Novelle mit Ambition: Statt kleiner Änderungen
366 müssen grundlegende Weichen gestellt werden, um den Ausbau von Wind- und
367 Solarenergie zu beschleunigen, die Sektorenkopplung voranzubringen und zu
368 einer bürger*innennahen, partizipativen Energiewende zu gelangen.
- 369 • Damit wirtschaftliche Impulse nachhaltig wirken, schaffen wir mit einem
370 partizipativen Energiemarktdesign einen belastbaren Investitions- und
371 Refinanzierungsrahmen für Erneuerbare und Systemintegrations-Technologien.
372 Dadurch setzen wir die private Innovationskraft frei, nutzen gleichzeitig

373 die günstigen Kapitalkosten der Privathaushalte und verwirklichen unseren
374 Anspruch auf demokratische Teilhabe.

- 375 • Der Bausektor gehört zum Kern eines Konjunkturprogramms. Ambitionierte
376 energetische Gebäudesanierung hilft nicht nur dem Klima – sie stärkt auch
377 die Wirtschaft, schafft qualifizierte Arbeitsplätze im Handwerk und in der
378 Produktion. Wir brauchen wirksamere Fördersysteme für den
379 klimafreundlichen Ersatz von fossilen Heizungen und deutlich mehr
380 Gebäudedämmung. Konkret verdoppeln wir zunächst die bestehende Förderung
381 für den Tausch von Ölheizungen und legen für Stadtwerke einen
382 Eigenkapitalfonds auf. Darüber unterstützen wir sie gezielt beim Auf- oder
383 Umbau von klimafreundlichen Wärmenetzen oder erneuerbaren Wärmekonzepten
384 mit Geo- und Solarthermie.
- 385 • Auch in Industrie und Gewerbe starten wir eine Energieeffizienz-Offensive
386 und legen ein Förderprogramm und angemessene ordnungsrechtliche Vorgaben
387 auf, um die zahlreichen anstehenden Reinvestitionen in die richtige
388 Richtung zu lenken.
- 389 • Für Investitionen von Unternehmen sollte, wie schon in der Finanzkrise,
390 eine auf zwei Jahre befristete degressive Sonder-Afa eingeführt werden.
- 391 • Wir unterstützen die energieintensiven Rechenzentren finanziell dabei,
392 ihren Stromverbrauch zu senken und auf Erneuerbare Energien sowie
393 energieeffiziente Wasserkühlsysteme umzustellen. So leisten wir auch einen
394 Beitrag, um die digitale Souveränität Europas voranzubringen.

395 Die Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver
396 Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor
397 der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat
398 sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert,
399 wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob
400 Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Branche muss sich grundlegend ändern.

401 Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und
402 Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die ökologische
403 Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dieses verbindet
404 zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in
405 Richtung nachhaltiger Mobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und
406 finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Die Kaufanreize müssen auf
407 klimaneutrale Mobilität fokussiert werden, denn es wäre klimapolitisch und
408 industriepolitisch kontraproduktiv, jetzt erneut Verbrennungsmotoren mit
409 Milliardenhilfen zu fördern. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen
410 abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch
411 emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer
412 belastet werden. Zudem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und
413 die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

414 Die nun nötigen Konjunkturmaßnahmen bieten eine große Chance für die ökologische
415 Wende, vor allem im Verkehrsbereich: Bürger*innen, die ihren privaten Pkw
416 abmelden und keinen neuen anschaffen, können eine Mobilitätsprämie in Anspruch
417 nehmen, um darüber klimafreundliche Alternativen wie eine BahnCard, eine ÖPNV-
418 Jahreskarte, ein Lastenfahrrad oder Car- oder Bikesharing-Angebote mitfinanziert
419 zu bekommen. Denn mehr Autos sind nicht die Lösung. Zusätzlich erhalten Kommunen

420 eine Umbauprämie zur Förderung von klimafreundlichen Mobilitätsangeboten, etwa
421 dem Ausbau von städtischen Busnetzen, dem Aufbau von Sharing-Dienstleistungen
422 oder auch einer größeren Radewegenetzinfrastruktur. Damit sorgen wir dafür, dass
423 sich das klimafreundliche Verkehrsangebot infolge der Krise nicht verschlechtert
424 und mittelfristig mehr Menschen zum Umstieg weg vom privaten Pkw bewegt werden.

425 Ähnlich wie die Autobranche ist auch die Luftfahrt hart getroffen. Analog zur
426 Autobranche müssten staatliche Hilfen an ordnungsrechtliche Vorgaben gekoppelt
427 werden. Wie in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO₂-
428 Reduktionsstrategie im Sinne der Pariser Klimaziele für die Luftfahrt
429 vorzulegen, die das Flugverkehrsaufkommen insgesamt senkt. Dies kann zum
430 Beispiel durch Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des
431 Nachtflugverbots oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und
432 schadstoffärmere Flugzeuge geschehen.

433 **IV. Investitionen in die Zukunft**

434 Wir sollten jetzt ein zehnjähriges Investitionsprogramm von 500 Mrd. Euro
435 vorbereiten. Allein in unseren Kommunen besteht ein Sanierungsstau von 138 Mrd.
436 Euro und hier sind ökologische Investitionen, etwa in den Ausbau des
437 öffentlichen Nahverkehrs, noch gar nicht einbezogen. Es braucht gerade jetzt
438 starke Kommunen, die vor Ort handlungsfähig sind, sei es bei den Sozialdiensten
439 oder Frauenhäusern. Die Investitionen des Staates müssen deshalb nicht nur in
440 der Krise, sondern dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden. Die
441 ökonomischen Forschungsinstitute der Unternehmen und Gewerkschaften kommen auf
442 einen Investitionsbedarf von über 450 Mrd. Euro. Hinzu kommen Investitionen in
443 unser Gesundheitssystem, deren Notwendigkeit uns durch Corona vor Augen geführt
444 wurde. Allein unsere Krankenhäuser haben einen zusätzlichen Investitionsbedarf
445 von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr. Und in der Pflege sind die
446 Herausforderungen ebenfalls groß.

447 Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg
448 zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht
449 zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte
450 die öffentliche Hand Planer*innen und Projektsteuernde einstellen und die
451 Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch
452 verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung
453 einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über
454 den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele
455 Investitionen liegen bei den Kommunen und viele von ihnen werden durch Altlasten
456 erdrückt.

457 Das Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen verschärft diese Situation enorm. Bund
458 und Länder müssen den Kommunen mit einem Altschuldenfonds einen Neustart
459 ermöglichen, indem ihnen ein großer Teil ihrer Altschulden abgenommen wird. Sie
460 können dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar negativen Zinsen refinanziert
461 werden. Zudem müssen Kommunen mit besonders hohen Soziallasten unterstützt
462 werden. Dafür muss der Bund insbesondere einen höheren Anteil bei den Kosten der
463 Unterkunft und Heizung übernehmen.

464 Dieses riesige Investitionsvolumen ist gut angelegtes Geld, sowohl um eine große
465 globale Depression mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen und politischen
466 Folgen zu verhindern, als auch um krisenfestere und nachhaltige neue
467 Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Natürlich steigen dadurch die Schulden. Die
468 öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren unter dem Druck der Tilgung

469 dieser aufgenommenen Kredite stehen. Gleichzeitig dürfen wichtige
470 Zukunftsinvestitionen nicht der Krise geopfert und keine Einschnitte bei der
471 kommunalen Grundversorgung, der Infrastruktur und der sozialen Sicherung
472 vorgenommen werden. Für eine nachhaltige Finanzierung der Kosten der Corona-
473 Krise ist deshalb eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen
474 Tilgungszeiträumen notwendig. Und Deutschland zahlt auf seine Schulden derzeit
475 keine Zinsen. Eine zu schnelle, restriktive Tilgung würde die wirtschaftliche
476 Erholung und Investitionsfähigkeit des Staates gefährden.

477 Wir müssen deshalb die Schuldenbremse reformieren, um mehr kreditfinanzierte
478 Investitionen zu ermöglichen. Immer wieder hat Deutschland nach besonderen
479 Herausforderungen (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des
480 Lastenausgleichs gefunden. Die Krise verschärft die soziale Spaltung in
481 Deutschland und Europa. Massenarbeitslosigkeit und die Folgen eines schwachen
482 Gesundheitssystems werden süd- und osteuropäische Staaten besonders hart
483 treffen. Immer mehr Europäer*innen stehen vor existenziellen Fragen, während
484 einige wenige über große Vermögen und sehr hohe Einkommen verfügen. Über die
485 Schulden hinaus, die durch die Corona-Krise entstanden sind, braucht es eine
486 Politik, die diese Spaltung verhindert. Wenn die akute Krise überstanden ist,
487 brauchen wir wirksame Instrumente, um die sozialen Folgen abzumildern, die
488 Krisenkosten fair aufzuteilen und die EU zusammenzuhalten. Entsprechend brauchen
489 wir einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat,
490 kann mehr tragen.

491 **V. Unser Gesundheitssystem stärken**

492 Die Corona-Epidemie legt die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems
493 offen. Unser Gesundheitswesen verfügt über ein gut ausgebautes System der
494 Diagnostik, eine im europäischen Vergleich gute Akutversorgung mit zahlreichen
495 Intensivbetten und eine gute technische Ausstattung. Zugleich ist aber deutlich
496 geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der
497 kommunalen Gesundheitsversorgung, beim Zugang zum Gesundheitssystem, bei der
498 digitalen Vernetzung sowie bei der Beschaffung und Bevorratung von
499 Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen, die behoben werden müssen.

500 Jetzt müssen wir unser Gesundheitssystem akut so gut stärken, wie es nur geht,
501 um dieser Epidemie Herr zu werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten für den
502 Ernstfall und eine gute und gut bezahlte Personalausstattung müssen Vorrang
503 haben und gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Das sollte durchaus
504 ökonomisch geschehen, aber Sicherheit geht vor. Das heißt konkret, dass uns als
505 Gesellschaft die Investitionen in medizinische und pflegerische Infrastruktur
506 und Investitionen in Pandemiemanagement mehr Geld wert sein müssen als bisher.
507 Wir brauchen eine deutliche Aufwertung und berufsständische Stärkung der Pflege,
508 attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Personalausstattung. Wir müssen
509 die über Jahre ausgedünnten öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere die
510 Gesundheitsämter, besser ausstatten und die Arbeitssituation für die Menschen im
511 Gesundheits- und Pflegebereich verbessern. Um die Löhne in der Pflege zu
512 verbessern, sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche
513 Bezahlung in der Pflege baldmöglichst fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah
514 für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender
515 Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten gesetzliche Maßnahmen ergriffen
516 werden. So könnte in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu
517 verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich
518 zahlen.

519 Der durch die Krise teilweise entstehende Schwung bei der Digitalisierung
520 unseres Gesundheitswesens muss genutzt werden, um Telemedizin und andere für die
521 Versorgung und die Forschung sinnvolle digitale Angebote auszubauen.
522 Forschungsdaten sollen unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes leichter
523 ausgetauscht werden können, genauso wie medizinische Logistik. Wir wollen einen
524 Investitionspakt von Bund und Ländern, um Krankenhäuser, aber auch den
525 öffentlichen Gesundheitsdienst bei den notwendigen Investitionen für die
526 digitale Infrastruktur zu unterstützen.

527 Mit digitaler Epidemiologie lässt sich aus einer Vielzahl anonymisierter Daten
528 der Gesundheitsstatus der Bevölkerung in Echtzeit analysieren, um so gezielter
529 eingreifen und einer künftigen Epidemie besser begegnen zu können. Nicht nur
530 dafür muss das E-Government der Verwaltung in Deutschland mit Hochdruck
531 entwickelt werden. Unsere Virolog*innen sind weltweit Spitze und die
532 Forschungseinrichtungen sind es auch. Wenn hingegen heute noch Gesundheitsdaten
533 per Fax von Amt zu Amt versendet werden müssen, weil es technisch anders nicht
534 geht, kostet uns das jetzt im Kampf gegen Corona wertvolle Zeit.

535 **VI. Recht auf Bildung, auch in der Pandemie**

536 Das Coronavirus hält auch der Bildungspolitik den Spiegel vor. Da sind die immer
537 noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt –
538 sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung der
539 Schüler*innen und ihrer Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen
540 und sanitären Zustände von Bildungseinrichtungen, die in Pandemiezeiten noch
541 größere Probleme als sonst hervorrufen. Da ist die Situation von Schüler*innen
542 mit Behinderung oder anderem sonderpädagogischem Förderbedarf, die sich in der
543 Krise in besonderer Form zuspitzt. Da ist eine den Zukunftsherausforderungen
544 nicht angemessene Fixierung auf Prüfungen und Leistungsnachweise, die den Blick
545 auf das pädagogisch und sozial Notwendige versperrt und Ressourcen bindet, die
546 an anderer Stelle gebraucht würden. Und da ist, nicht zuletzt, allen
547 Beteuerungen zum Trotz, der immer noch viel zu geringe Stellenwert der
548 frühkindlichen Bildung, wenn wieder nur unter dem Label „Betreuung“ über Kitas
549 gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren pädagogisch versäumt wird, kann
550 vielfach kaum nachgeholt werden. Die Bildungspolitik reagiert bisher
551 unzureichend auf die Herausforderungen, weil sie die eingeschränkten Ressourcen
552 auf das Erfüllen von Lehrplänen und Ableisten von Prüfungen konzentriert, statt
553 auch die sozialen Folgen der Pandemie aufzufangen.

554 Auf der anderen Seite macht das Engagement vieler Akteur*innen Mut für einen
555 echten Bildungsaufbruch. Bildungsverantwortliche, Schulleitungen, Kommunen,
556 pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler*innen finden
557 neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation. Dabei
558 wird oftmals von den Praktiker*innen aufgefangen, was eigentlich in die
559 Verantwortung von Politik und Verwaltung fällt, nämlich der adäquate Umgang
560 unserer Bildungsinstitutionen mit einer solchen Krise. Dafür gebührt auch ihnen
561 unser Dank.

562 Es geht beim Lernen aus der Krise nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es
563 geht darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt,
564 nachhaltig und aufgeklärt handeln können. Einmal mehr wird deutlich, dass die
565 Zukunft unseres Bildungssystems in einem Paradigmenwechsel liegt; weg von der
566 Fokussierung auf Planerfüllung und reproduzierbarem, prüfbareren Fachwissen hin
567 zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung von

568 Krisenresilienz und dem Umgang mit Unsicherheiten und Ambiguitäten, von denen
569 unsere Zeit auch jenseits der aktuellen Pandemie geprägt ist und weiter sein wird.

570 Die Digitalisierung an den Schulen braucht dauerhaft finanzielle Unterstützung
571 vom Bund, nicht nur einen einmal gefüllten, befristeten Fördertopf. Die
572 Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam
573 schaffen. Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die
574 digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute. Dabei darf es nicht
575 darum gehen, digitale Tools einfach für analog gedachten und konzipierten
576 Unterricht zu nutzen. Das Fenster für echte Innovation in unserem Bildungssystem
577 ist so offen wie nie. Es ist unsere Aufgabe, dieses Fenster zu nutzen und eine
578 Bildung im und für das 21. Jahrhundert zu gestalten – unter den Bedingungen der
579 Digitalisierung, der ökologischen und der gesellschaftlichen
580 Zukunftsherausforderungen.

581 Ebenfalls muss die Digitalisierung an den Universitäten und Berufsschulen
582 unterstützt und verbessert und der Zugang aller Studierenden zu Online-
583 Vorlesungen sicher gestellt werden. Lehrende müssen bei der Nutzung digitaler
584 Tools begleitet werden. Ohne entsprechende Unterstützung droht die beschleunigte
585 Digitalisierung an Hochschulen, soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Die
586 Corona-Krise darf für Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, nicht zu
587 finanziellen Nachteilen führen. Deshalb soll das aktuelle Semester nicht auf die
588 Regelstudienzeit und damit im BAföG angerechnet werden.

589 Um den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist der weitere
590 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zentral. Hier könnte
591 die Krise möglicherweise alte Blockaden aufbrechen: Wenn für eine längere Zeit
592 der klassische Bildungsbetrieb nur eingeschränkt stattfinden kann, sollten Kitas
593 und Schulen die Möglichkeit haben, unbürokratisch und flexibel neue Lern- und
594 Freizeit-Angebote zu schaffen. Schulen sollen dafür ein Budget erhalten, das im
595 Rahmen eines sozialen Schutzschildes aus dem Mitteln des Bundes kommt.
596 Zusätzlich ist ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und
597 Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona
598 drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

599 Außerdem ist es dringend notwendig, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz
600 jetzt schon Strategien für die Zeit nach den Sommerferien entwickelt werden, die
601 die vielfältigen Auswirkungen des eingeschränkten Schulbetriebs in fachlicher,
602 pädagogischer, aber auch emotionaler und sozialer Hinsicht aufgreifen. Lehrpläne
603 und schulgesetzliche Bestimmungen müssen für das kommende Schuljahr
604 flexibilisiert und entlastet werden. Durchschnittsabschlüsse können – wie sich
605 im laufenden Schuljahr zeigt – bei allen Beteiligten zu Entlastungen führen.

606 **VII. Eine neue Chance für Europa**

607 Ganz Europa ist von der Corona-Krise betroffen. Unser Kontinent ist derzeit die
608 Region mit den meisten Infizierten weltweit. Alle sind betroffen, manche
609 Regionen, wie die Lombardei, das Elsass, Madrid ganz besonders. Wie schon in der
610 letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten
611 auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Auch das
612 Handeln der Bundesregierung hat in finanzpolitischen Fragen oder durch die
613 anfänglichen Exportbeschränkungen für medizinische Produkte das Vertrauen in die
614 europäische Solidarität weiter geschwächt.

615 Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern muss die Bundesregierung
616 sicherstellen, dass sich die Spaltung in der EU durch die Pandemie nicht noch
617 weiter verschärft. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die
618 Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Die
619 Bundesregierung muss die Krisenbewältigung konsequent europäisch angehen, damit
620 keine neue soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit
621 insbesondere in süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – drohen.

622
623 Aber es gibt viele Beispiele europäischer Solidarität, die Mut machen, dass die
624 europäische Idee in dieser Zeit besteht: europäische Patient*innen werden in
625 deutschen Krankenhäusern behandelt, über europäische Städtepartnerschaften wird
626 kommunale Hilfe organisiert, viele Personen aus der Zivilgesellschaft haben
627 individuelle Initiativen gestartet. Wir müssen diese Krise als Wendepunkt
628 begreifen, um die Gemeinschaft zu vertiefen. Dann kann Europa sogar gestärkt aus
629 ihr hervorgehen.

630 Wir wollen so schnell wie möglich zu den offenen Grenzen des Schengen-Raums
631 zurückkehren. Bei der Bekämpfung von Corona muss Europa zu seinen Werten stehen
632 und offen bleiben. Grenzkontrollen und Einreiseverbote müssen medizinisch
633 begründet, abgestimmt und verhältnismäßig sein. An die Stelle willkürlicher
634 Grenzkontrollen auf nationaler Ebene sollten zielgerichtete Beschränkungen auf
635 regionaler Ebene (die dann durchaus auch grenzübergreifend gelten) treten. Die
636 Kriterien müssen nicht überall zu einhundert Prozent identisch, aber
637 wirkungsgleich sein. Wo notwendig, muss an den Grenzen auf die Frage des
638 effektiven Gesundheitsschutzes fokussiert werden.

639 Europa braucht eine Koordinierung der Strategien aus dem Shutdown, auch um zu
640 verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische
641 Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung
642 sowie die bestmögliche Ausnutzung der gemeinsamen Test- und
643 Behandlungskapazitäten zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung
644 gemeinsam organisieren bzw. untereinander abstimmen, um zu verhindern, dass man
645 sich gegenseitig Konkurrenz macht. Die europäischen Anstrengungen in der
646 Impfstoffforschung sollten verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-
647 Forschungsfonds für Medikamente und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz
648 vermarktet werden. Es gilt, bei der nächsten Pandemie besser gerüstet zu sein.
649 Dafür muss das European Center for Disease Prevention and Control (ECDC)
650 gestärkt und ein European Health Corps gegründet werden. Das Health Corps
651 besteht aus regulären Mitarbeiter*innen europäischer Krankenhäuser, die im
652 Krisenfall schnell mobilisiert und in besonders betroffenen Regionen eingesetzt
653 werden können, damit kein Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen
654 nicht angemessen medizinisch versorgen zu können. Die bevorstehende deutsche
655 Ratspräsidentschaft sollte auch genutzt werden, um die Arzneimittelproduktion
656 wieder verstärkt in Europa anzusiedeln, um in diesen lebenswichtigen Bereichen
657 nicht von transkontinentalen Lieferketten abhängig zu sein. Die Corona-Krise
658 zeigt erneut, wie wichtig ein nachhaltiges Management von Lieferketten ist. Es
659 ist gut, dass die EU-Kommission ein verbindliches Lieferkettengesetz angekündigt
660 hat.

661 Mit den Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte eine neuerliche
662 Finanz- und Währungs Krise fürs Erste abgewehrt werden. Wieder einmal musste die
663 EZB einspringen, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren,
664 umfassende Maßnahmen wie gemeinsame Corona-Bonds für die Krisenbewältigung zu

665 beschließen. Das jetzt vereinbarte Paket aus ESM-Hilfen, Unternehmenskrediten
666 über die Europäische Investitionsbank und das europäische Kurzarbeitergeld sind
667 ein erster Schritt, aber unzureichend.

668 Wenn jetzt in Ländern wie Spanien und Italien aus Angst vor einer Überschuldung
669 zu wenig getan werden kann, trifft das nicht nur die dortige Bevölkerung hart,
670 sondern am Ende alle Mitglieder der Union. Gerade die deutsche Wirtschaft ist
671 eng verknüpft mit diesen Ländern. Wenn dort keine deutschen Produkte mehr
672 gekauft werden, führt dies zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit bei uns.
673 Und wenn dort die Produktion wegen der Pandemie nicht wieder anlaufen kann,
674 stehen wegen der verwobenen Lieferketten hierzulande Bänder still. Nur wenn
675 Italien wieder auf die Beine kommt, wird Deutschland es auch. China wird
676 versuchen, sich in der kommenden Rezession in die europäische Wirtschaft
677 einzukaufen, und Putin die Möglichkeit nutzen, um europäische Demokratien zu
678 destabilisieren. Nur wenn Europa seine Interessen gemeinsam wahrnimmt, werden
679 insbesondere Süd- und Osteuropa diese Angebote ablehnen können

680 Diese europäische Antwort muss einen gemeinsamen Recovery Fund beinhalten, der
681 durch gemeinsame Anleihen finanziert wird, um so die Krisenlasten gemeinsam und
682 solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser
683 Klimaschutzziele und dem Green Deal orientieren. Der Recovery Fund hat einen
684 Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe
685 der Herausforderung angemessen. Die Verschuldung zählt nicht in die nationalen
686 Schuldenquoten und soll nach ökonomischer Leistungsfähigkeit geschultert werden.
687 Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der Inflation. Der
688 Recovery Fund muss strenger Antikorruptionsüberwachung und parlamentarischer
689 Kontrolle unterliegen.

690 Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler und der Einzelhandel in
691 den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne riesige Gewinne.
692 Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen.
693 Deshalb wäre jetzt spätestens der Zeitpunkt, dass sich die Bundesregierung
694 diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade bei der europäischen
695 Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze
696 digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu
697 besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen. Wenn
698 einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der
699 Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.

700 In der Krise erweist sich das jahrelange Bremsen und Verweigern der deutschen
701 Bundesregierung in zentralen europäischen Fragen als schwere Hypothek. Nach der
702 Krise müssen in der Europäischen Union die seit Jahren aufgeschobenen
703 Entscheidungen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, wie
704 beispielsweise ein eigener EU-Haushalt mit einem eigenen fiskalpolitischen
705 Instrument, der Umgang mit Handelsungleichgewichten und die Vollendung der
706 Bankenunion endlich angegangen werden. Ein größerer EU-Haushalt ab 2021 bedeutet
707 auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union,
708 eigene Einnahmen zu generieren, um die EU strukturell zu stärken. Um Europa neu
709 aufzustellen muss die Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder
710 übernehmen, sie muss aber endlich auch eigene konstruktive Vorschläge machen, um
711 die Probleme zu lösen und nicht weiterhin nur verweigern und im Falle einer
712 Krise die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung der Europäischen
713 Zentralbank zuschieben. Zu den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung
714 des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

715
 716 Der Stellenwert der eigenen Grundüberzeugungen erweist sich besonders in der
 717 Krise. Auch die Bundesregierung muss sich deshalb dem drohenden Abbau von
 718 Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Pressefreiheit in einigen EU-
 719 Mitgliedstaaten entgegenstellen – im europäischen Verbund, nicht zuletzt im Zuge
 720 der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die EU-Kommission fordern wir
 721 auf, alle nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in EU-
 722 Mitgliedstaaten auf ihre Einhaltung europäischen Rechts hin zu untersuchen und,
 723 wo nötig, entsprechend einzugreifen. Um die Antworten der EU auf die Krise mit
 724 allen Europäer*innen zu diskutieren, muss sich die Bundesregierung im Rat dafür
 725 einsetzen, dass die Konferenz für die Zukunft Europas dafür genutzt wird.

726 Die Welt wird nur im Geist der Kooperation gut durch diese Pandemie kommen. So
 727 vernetzt sie ist, so kurzfristig egoistisch handeln derzeit die meisten
 728 Nationalstaaten. Wenn Europa kooperativ und solidarisch vorangeht, schaffen wir
 729 eine starke und unwiderstehliche Gegenerzählung mit globaler Wirkung. Die ganze
 730 Welt kämpft gegen diese Corona-Pandemie. Deshalb müssen in der Pandemie die
 731 Zölle für überlebenswichtige Produkte wegfallen und Exportbeschränkungen
 732 aufgehoben werden. Sieben Milliarden Menschen warten auf einen Impfstoff und
 733 Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald
 734 vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

735 Wir müssen deshalb über eine Lockerung der Regeln geistigen Eigentums nachdenken
 736 und die Besitzer*innen geistigen Eigentums dazu aufrufen, günstige Lizenzen in
 737 einem internationalen Patentpool anzubieten, der über die WTO koordiniert wird –
 738 insbesondere für einen neu entwickelten Impfstoff oder eine anerkannte Therapie.
 739 Die globale Rezession droht in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein
 740 Brandbeschleuniger der Schuldenkrise und damit von Armut, Flucht und Konflikten
 741 zu werden. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Schulden des globalen
 742 Südens erlassen werden. Weiterhin braucht es eine deutliche Erhöhung der
 743 Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds, um besser gegen
 744 spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Die Europäische Zentralbank sollte
 745 prüfen, inwiefern sie Entwicklungs- und Schwellenländern mit weiteren Devisen-
 746 Swap-Vereinbarungen im Falle von Kapitalflucht beistehen kann. Die Bekämpfung
 747 illegaler Finanzströme muss intensiviert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass
 748 globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden. Wir brauchen ein globales
 749 Hilfspaket gegen das Corona-Virus und seine Folgen und eine Stärkung der
 750 Vereinten Nationen.

751 Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs nach weltweiten
 752 Waffenstillständen. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss bei den
 753 europäischen und internationalen Partnern geltend machen, um auf dieses Ziel
 754 hinzuarbeiten. Sie muss schnell ausreichende zusätzliche Mittel für
 755 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen.
 756 Gleichzeitig dürfen die internationale Gemeinschaft und die deutsche humanitäre
 757 Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit nicht bei Maßnahmen in bestehenden
 758 Gesundheitsprogrammen nachlassen.

759 **VIII. Stärker aus der Krise**

760 Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir vermissen und unbedingt wiedergewinnen
 761 wollen: unsere Freiheit, soziale Nähe und die Vielschichtigkeit unseres Lebens;
 762 den öffentlichen Raum; Kitas, Schulen und Hochschulen; den direkten Austausch
 763 mit den Kolleg*innen am Arbeitsplatz; Kultur und das bunte Leben, mit Kneipen,

764 Kinos, Konzerten, lebendigen Innenstädten, die uns weiter fehlen und die jetzt
765 um ihre Existenz kämpfen; unser vereintes und offenes Europa.

766 Der Shutdown hat uns auch gezeigt, was wir stärker wertschätzen und fördern
767 müssen:

768 Die Klugheit einer aufgeklärten Gesellschaft, die fähig ist, präventiv zu
769 handeln; in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu leben; unsere
770 öffentliche Daseinsvorsorge, ein lebendiges Gemeinwesen vor Ort und einen
771 starken Sozialstaat; unabhängige Qualitätsmedien und den Öffentlich-Rechtlichen
772 Rundfunk; solidarische Menschen und einen solidarischen Staat; saubere Luft auch
773 in den Städten und staufreie Straßen; die Möglichkeit des Homeoffice; ein
774 parlamentarisches Miteinander zwischen Regierung und Opposition, das gemeinsam
775 Dinge löst, statt nur gegeneinander zu arbeiten.

776 Nicht zuletzt führt uns die Corona-Krise vor Augen, was wir in der Vergangenheit
777 versäumt haben. Es gab Pandemiewarnungen und sogar Pandemienotfallvorkehrungen
778 mit Drucksachennummer des Bundestages, aber in der Realität, als Gesellschaft
779 waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen Resilienz noch lernen. Dazu
780 gehört, dass wir bei der Arzneimittelproduktion und zentralen Utensilien für
781 Seuchenbekämpfung nicht allein auf den Markt setzen können. Wir müssen in Europa
782 selbst in der Lage sein, die zentralen medizinischen Produkte und Medikamente zu
783 produzieren, ebenso wie Lebensmittel, die wir zum Leben in einer Notlage
784 brauchen. Dazu gehört, dass wir kritische Infrastrukturen, beispielsweise vor
785 weitreichenden IT-Angriffen, besser schützen. Wir müssen die Digitalisierung
786 voranbringen, wir müssen Europa und multilaterale Institutionen stärken und wir
787 müssen verstehen, dass der Raubbau an den natürlichen Ökosystemen das Risiko von
788 Epidemien erhöht. So haben Ausbrüche von Infektionskrankheiten in den letzten 40
789 Jahren immer stärker zugenommen. Circa zwei Drittel davon sind Zoonosen, also
790 Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen wurden. Wir müssen die
791 Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien
792 zukünftig besser einzudämmen.

793 Nur wenn wir uns selbstkritisch reflektieren, können wir uns besser gegen
794 zukünftige hereinbrechende Katastrophen wappnen. Vorsorge ist politisch das
795 Schwierigste überhaupt. Aber Corona führt uns jeden Tag vor Augen, wie wichtig
796 sie ist. Entsprechend geht es uns mit diesem Antrag darum, über die unmittelbare
797 Krisenbekämpfung hinaus Leitlinien für die nächsten Schritte zu beschließen und
798 die richtigen Lehren aus der Erfahrung der letzten Wochen zu ziehen. Wir wollen
799 schneller sein als das Virus, damit seine schlimmsten Folgen verhindert werden
800 können und wir stärker aus der Krise kommen als wir hineingegangen sind.

Beschluss

Rechtsstaatlichkeit in Zeiten der Pandemie

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

- 1 Wir sind in einer ernsten Situation der Pandemiebekämpfung, in der schnelles und
2 entschiedenes Handeln wichtig ist. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat
3 oberste Priorität.
- 4 Dennoch – und das ist in diesen Zeiten vielleicht noch wichtiger als sonst –
5 gelten rechtsstaatliche Grundsätze, gelten Grund- und Menschenrechte. Sie
6 schützen in Anerkennung der Menschenwürde und des Selbstbestimmungsrechtes vor
7 staatlicher Willkür, unrechtmäßigen Eingriffen und Diskriminierung. Sie stehen
8 gerade in Krisensituation nicht zur Disposition und müssen nicht hinter der
9 Infektionsbekämpfung zurückstehen, sondern sind wichtiger Maßstab für
10 wertebasiertes Handeln eines demokratischen Rechtsstaates gerade für
11 Ausnahmekonstellationen. Oder wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert:
12 Persönlichkeitsrechte sind elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs-
13 und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlich demokratischen
14 Gemeinwesens.
- 15 Zu diesem Maßstab gehören insbesondere:
- 16 • Das **Rechtsstaatsprinzip** selbst, also die Bindung von Staat und Verwaltung
17 an Recht und Gesetz und die Erforderlichkeit von Gesetzen als Grundlage
18 für Eingriffe in Grundrechte. Diese Ermächtigungsgrundlagen sind von
19 Parlamenten in einem auf Grundrechtsschutz ausgerichteten Verfahren zu
20 schaffen.
 - 21 • Das Prinzip der **Gewaltenteilung**: die Trennung in der Aufgabenwahrnehmung
22 von gesetzgebender Gewalt (Parlament), vollziehender Gewalt (Regierung,
23 Behörden) und rechtsprechender Gewalt (Gerichte).
 - 24 • Das Prinzip der **Verhältnismäßigkeit**: Maßnahmen müssen einen legitimen
25 Zweck verfolgen, geeignet, erforderlich und angemessen sein. Erforderlich
26 ist eine Maßnahme nur dann, wenn kein mildereres, weniger
27 eingriffsintensives Mittel mit gleicher Wirksamkeit zur Verfügung steht.
28 Für die öffentliche Verwaltung gilt das Übermaßverbot, um diese
29 Verhältnismäßigkeit zu wahren.
 - 30 • Der **Gleichbehandlungsgrundsatz** aus Art. 3 GG.
 - 31 • **Kein Handeln ohne Gesetz**, dieses muss ausreichend bestimmt sein, so dass
32 die Rechtsfolgen für Jede*n ersichtlich sind.
 - 33 • **Rechtsweggarantie**: staatliches Handeln ist uneingeschränkt gerichtlich
34 überprüfbar.

35 Diesen Maßstab gilt es, durchzusetzen und zum Handlungsprinzip zu machen. Es
36 gilt, Ideen und Verfahren zu entwickeln, wie dies umgesetzt werden kann, und
37 "rote Linien" zu definieren, die auch in diesen Zeiten nicht überschritten
38 werden dürfen. Das Erfordernis schnellen Handelns darf nicht über diese Maßstäbe
39 der Rechtsstaatlichkeit und über ein sorgfältiges Abwägen gestellt werden.

40 **Prinzip der Gewaltenteilung durchsetzen, Vorbehalt des Gesetzes als zentraler** 41 **Grundsatz eines Rechtsstaats**

42 Passend zu den umfangreicheren (Eingriffs-) Befugnissen der Exekutive muss es
43 ausreichende Kontrollverfahren für das exekutive Handeln durch die Parlamente
44 geben. Ausschließlich Gesetze können Grundlage für Eingriffe in Grundrechte
45 sein. Gesetze, die durch ein demokratisch legitimiertes und nach öffentlicher
46 Diskussion entscheidendes Parlament beschlossen wurden. Transparente politische
47 Entscheidungsprozesse schützen auch jetzt am besten vor einseitiger
48 Einflussnahme, können wichtige Leitgedanken wie den Schutz von Minderheiten und
49 vulnerabler Gruppen durchsetzen und das Vertrauen in staatliche Institutionen
50 und Entscheidungen stärken. Gesetze, die Ermächtigungsgrundlagen für
51 Rechtsverordnungen oder Allgemeinverfügungen der vollziehenden Gewalt sind,
52 müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung so genau wie möglich bestimmen.
53 Je stärker der Grundrechtseingriff, umso bestimmter muss er durch das Gesetz
54 sein, um die Gewaltenteilung zu gewährleisten.

55 Verordnungsermächtigungen müssen gemäß Art 80 GG nach Inhalt, Zweck und Ausmaß
56 der erteilten Ermächtigung bestimmt sein. Diesen Anforderungen entspricht der §
57 5 Abs.2 InfekSG nicht. Hier müssen sowohl die Zustimmung von Bundestag und
58 Bundesrat vorgesehen werden bzw. im Eilfall die unverzügliche Nachholung der
59 Zustimmung der Parlamente.

60 Die Vorschriften im Infektionsschutzgesetz, auf die die Rechtsverordnungen
61 gestützt werden, sind zu konkretisieren, um einen klareren gesetzlichen Rahmen
62 zu geben.

63 **Strenge Befristung und Evaluation von Maßnahmen**

64 Der Ausnahmezustand darf nicht zur Norm erhoben werden. Deshalb benötigen alle
65 Maßnahmen einen "Zeitstempel" – sie sind möglichst knapp zu befristen und in
66 regelmäßigen Abständen auf ihre Wirkung und Wirksamkeit hin zu prüfen. Ein
67 Grundrechtseingriff vertieft und verstärkt sich, je länger er andauert. Daher
68 müssen sich die Anforderungen an die Begründungstiefe, ggf. auch an
69 erforderliche Mehrheiten erhöhen, je länger die Einschränkung dauert.

70 **Klare Rechtsgrundlagen, so bestimmt wie möglich**

71 Ein uneinheitliches Infektionsgeschehen kann regional unterschiedliche
72 Beschränkungen notwendig machen. Umso wichtiger ist es, auf allen Ebenen der
73 Normenhierarchie die Bestimmtheit als Grundrechtsschutz fest im Blick zu haben:
74 Maßnahmen und Konsequenzen müssen so bestimmt wie möglich sein, unbestimmte
75 Rechtsbegriffe sind zu vermeiden, um den Auslegungsspielraum so gering wie
76 möglich halten. Das unterstützt letztlich auch die ausführenden Ordnungsbehörden
77 in ihrer Arbeit.

78 Auch bei der Normgebung selbst kann aktiver Grundrechtsschutz betrieben werden.
79 Verbote mit Ausnahmen, wie z.B. die Anwesenheit im öffentlichen Raum nur bei
80 "triftigem Grund", sind eingriffsintensiv und können den/die Bürger*in in die
81 Situation bringen, auch normgerechtes Verhalten rechtfertigen bzw. erklären zu

82 müssen. Anders herum wird ein Schuh draus: Es sollten konkrete Verhaltensweisen
 83 untersagt und dies aus der Norm ersichtlich sein. So könnten Grundrechte wieder
 84 als Abwehrrechte gegenüber dem Staat wirken, der erklären müsste, warum aus
 85 seiner Sicht ein Verstoß vorliegt.

86 **Versammlungsfreiheit umsetzen**

87 Auch ein uneingeschränktes Demonstrationsverbot ist unter diesen Gesichtspunkten
 88 nicht akzeptabel, zumal ein effektiver Eilrechtsschutz derzeit nur eingeschränkt
 89 gegeben sein dürfte. Damit würde das Grundrecht der Versammlungsfreiheit aber
 90 zeitweise außer Kraft gesetzt werden. Wenn Abstandsregelungen usw. eingehalten
 91 werden, müssen auch derzeit Versammlungen möglich sein. Alle Versammlungen sind
 92 grundsätzlich erlaubt und können nach einer Einzelfallentscheidung mit Auflagen
 93 versehen werden oder verboten werden, soweit der Infektionsschutz es zwingend
 94 erfordert. Die Teilnahme an Versammlungen ist und kann nicht strafbar sein.

95 Es gilt: Je länger die Einschränkungen dauern, umso intensiver muss nach
 96 grundrechtskonformen Lösungen gesucht werden und muss eine sorgfältige
 97 Güterabwägung stattfinden.

98 **Effektiver Rechtsschutz und funktionsfähige Justiz**

99 Der demokratische Rechtsstaat und insbesondere die Justiz hat sich in der Krise
 100 bewährt. Überall dort, wo die Exekutive die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt
 101 hat konnte eine justizielle Überprüfung für ein Korrektiv sorgen, wie bspw. beim
 102 Versammlungsrecht. Wir erwarten, dass die Justiz entsprechend weiter für die
 103 Herausforderungen ausgestattet und gestärkt wird, um auch im Epidemiefall ihrer
 104 Aufgabe nachkommen zu können. Effektiver Rechtsschutz und die rechtsstaatlichen
 105 Verfahrensgrundsätze müssen für alle Rechtsbereiche jederzeit gegeben und die
 106 Justiz funktionsfähig sein. Dazu ist es erforderlich, die Digitalisierung der
 107 Justiz unter Wahrung des Grundsatzes der Öffentlichkeit und ohne Abstriche beim
 108 Datenschutz voranzutreiben.

109 **Anpassungen im Strafvollzug**

110 Auch die besondere Situation im Strafvollzug, in dem durch den Freiheitsentzug
 111 in besonderer Weise in die Grundrechte der Gefangenen eingegriffen wird, braucht
 112 auf die Rahmenbedingungen angepasste Verfahren und Prozesse. Keinesfalls dürfen
 113 dies jedoch noch einschränkendere Ausnahmezustände sein. Den ersten wichtigen
 114 Schritt haben die meisten Bundesländer bereits vollzogen: Eine großzügige
 115 Handhabung der Möglichkeiten, Vollstreckungen aufzuschieben, auszusetzen oder zu
 116 unterbrechen, vor allem für Ersatzfreiheitsstrafen und kurzzeitige
 117 Freiheitsstrafen ist sinnvoll, ebenso die Entlassung aus dem Jugendarrest. Für
 118 den verbleibenden Strafvollzug gilt: Allein der Gesundheitsschutz darf
 119 ausschlaggebend für eine Erhöhung der Verschlusszeiten sein. Ziel sollte
 120 vielmehr ein weitestgehend "normaler" Vollzug mit Bewegungs-, Beschäftigungs-
 121 und Weiterbildungsmöglichkeiten unter Einhaltung der Abstands- und
 122 Hygieneregeln sein. Besuche, Außen- und soziale Kontakte sind für
 123 Gefangene elementar, jedoch derzeit nachvollziehbarer Weise eingeschränkt. Die
 124 Gefangenen werden gerade weitgehend isoliert. Die Gesellschaft macht zur
 125 Kompensation gerade große Fortschritte in der Nutzung neuer Medien. Das muss
 126 auch den Gefangenen ermöglicht werden, denn ihr Leben soll nach § 3 StVollzG dem
 127 Leben in Freiheit so weit wie möglich angeglichen werden. Darum muss auch den
 128 Insass*innen jetzt dringend ermöglicht werden, Videotelefonie und das Internet
 129 zu nutzen. Die technischen und personellen Voraussetzungen sind zu schaffen und

130 dauerhaft zu gewährleisten. Höhere Kosten für mehr dieser Kontakte und
131 Telefonate in der Coronakrise müssen ausgeglichen werden.

132 Durch die corona-bedingte Einschränkung von Lockerungsmaßnahmen darf die
133 Möglichkeit der frühzeitigen Entlassung nach § 57 StGB nicht eingeschränkt
134 werden.

135 Um trotz der Herausforderungen der Pandemie einen humanen Strafvollzug gewähren
136 zu können, müssen die Gefangenenzahlen reduziert werden. Das ist ein guter
137 Anlass, Amnestien, vergleichbar mit der Weihnachtsamnestie zu prüfen.

138 **Die Stärke des Föderalismus**

139 Jetzt könnte sich die Stärke des Föderalismus zeigen, indem die Länder um die
140 besten Lösungen für die Krise ringen. Dabei ist auch ein möglichst abgestimmtes
141 und solidarisches Vorgehen der Länder und Kommunen erstrebenswert, welches
142 regionale Besonderheiten zulässt. Eine solche Situation ist allerdings nicht die
143 Zeit für die persönliche Profilierung einzelner Landes- und Kommunalfürsten.
144 Unterschiedliche Regelungen können ihre Grundlage nur im unterschiedlichen
145 Infektionsgeschehen haben. Dies führt sonst zu fehlender Akzeptanz, Konflikten
146 an Landesgrenzen und ungesunden Überbietungswettbewerben.

Beschluss (vorläufig)

Rechtsstaatlichkeit in Zeiten der Pandemie

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Wir sind in einer ernsten Situation der Pandemiebekämpfung, in der schnelles und
2 entschiedenes Handeln wichtig ist. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat
3 oberste Priorität.

4 Dennoch – und das ist in diesen Zeiten vielleicht noch wichtiger als sonst –
5 gelten rechtsstaatliche Grundsätze, gelten Grund- und Menschenrechte. Sie
6 schützen in Anerkennung der Menschenwürde und des Selbstbestimmungsrechtes vor
7 staatlicher Willkür, unrechtmäßigen Eingriffen und Diskriminierung. Sie stehen
8 gerade in Krisensituation nicht zur Disposition und müssen nicht hinter der
9 Infektionsbekämpfung zurückstehen, sondern sind wichtiger Maßstab für
10 wertebasiertes Handeln eines demokratischen Rechtsstaates gerade für
11 Ausnahmekonstellationen. Oder wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert:
12 Persönlichkeitsrechte sind elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs-
13 und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlich demokratischen
14 Gemeinwesens.

15 Zu diesem Maßstab gehören insbesondere:

- 16 • Das **Rechtsstaatsprinzip** selbst, also die Bindung von Staat und Verwaltung
17 an Recht und Gesetz und die Erforderlichkeit von Gesetzen als Grundlage
18 für Eingriffe in Grundrechte. Diese Ermächtigungsgrundlagen sind von
19 Parlamenten in einem auf Grundrechtsschutz ausgerichteten Verfahren zu
20 schaffen.
- 21 • Das Prinzip der **Gewaltenteilung**: die Trennung in der Aufgabenwahrnehmung
22 von gesetzgebender Gewalt (Parlament), vollziehender Gewalt (Regierung,
23 Behörden) und rechtsprechender Gewalt (Gerichte).
- 24 • Das Prinzip der **Verhältnismäßigkeit**: Maßnahmen müssen einen legitimen
25 Zweck verfolgen, geeignet, erforderlich und angemessen sein. Erforderlich
26 ist eine Maßnahme nur dann, wenn kein mildereres, weniger
27 eingriffsintensives Mittel mit gleicher Wirksamkeit zur Verfügung steht.
28 Für die öffentliche Verwaltung gilt das Übermaßverbot, um diese
29 Verhältnismäßigkeit zu wahren.
- 30 • Der **Gleichbehandlungsgrundsatz** aus Art. 3 GG.
- 31 • **Kein Handeln ohne Gesetz**, dieses muss ausreichend bestimmt sein, so dass
32 die Rechtsfolgen für Jede*n ersichtlich sind.
- 33 • **Rechtsweggarantie**: staatliches Handeln ist uneingeschränkt gerichtlich
34 überprüfbar.

35 Diesen Maßstab gilt es, durchzusetzen und zum Handlungsprinzip zu machen. Es
36 gilt, Ideen und Verfahren zu entwickeln, wie dies umgesetzt werden kann, und
37 "rote Linien" zu definieren, die auch in diesen Zeiten nicht überschritten
38 werden dürfen. Das Erfordernis schnellen Handelns darf nicht über diese Maßstäbe
39 der Rechtsstaatlichkeit und über ein sorgfältiges Abwägen gestellt werden.

40 **Prinzip der Gewaltenteilung durchsetzen, Vorbehalt des Gesetzes als zentraler** 41 **Grundsatz eines Rechtsstaats**

42 Passend zu den umfangreicheren (Eingriffs-) Befugnissen der Exekutive muss es
43 ausreichende Kontrollverfahren für das exekutive Handeln durch die Parlamente
44 geben. Ausschließlich Gesetze können Grundlage für Eingriffe in Grundrechte
45 sein. Gesetze, die durch ein demokratisch legitimiertes und nach öffentlicher
46 Diskussion entscheidendes Parlament beschlossen wurden. Transparente politische
47 Entscheidungsprozesse schützen auch jetzt am besten vor einseitiger
48 Einflussnahme, können wichtige Leitgedanken wie den Schutz von Minderheiten und
49 vulnerabler Gruppen durchsetzen und das Vertrauen in staatliche Institutionen
50 und Entscheidungen stärken. Gesetze, die Ermächtigungsgrundlagen für
51 Rechtsverordnungen oder Allgemeinverfügungen der vollziehenden Gewalt sind,
52 müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung so genau wie möglich bestimmen.
53 Je stärker der Grundrechtseingriff, umso bestimmter muss er durch das Gesetz
54 sein, um die Gewaltenteilung zu gewährleisten.

55 Verordnungsermächtigungen müssen gemäß Art 80 GG nach Inhalt, Zweck und Ausmaß
56 der erteilten Ermächtigung bestimmt sein. Diesen Anforderungen entspricht der §
57 5 Abs.2 InfekSG nicht. Hier müssen sowohl die Zustimmung von Bundestag und
58 Bundesrat vorgesehen werden bzw. im Eilfall die unverzügliche Nachholung der
59 Zustimmung der Parlamente.

60 Die Vorschriften im Infektionsschutzgesetz, auf die die Rechtsverordnungen
61 gestützt werden, sind zu konkretisieren, um einen klareren gesetzlichen Rahmen
62 zu geben.

63 **Strenge Befristung und Evaluation von Maßnahmen**

64 Der Ausnahmezustand darf nicht zur Norm erhoben werden. Deshalb benötigen alle
65 Maßnahmen einen "Zeitstempel" – sie sind möglichst knapp zu befristen und in
66 regelmäßigen Abständen auf ihre Wirkung und Wirksamkeit hin zu prüfen. Ein
67 Grundrechtseingriff vertieft und verstärkt sich, je länger er andauert. Daher
68 müssen sich die Anforderungen an die Begründungstiefe, ggf. auch an
69 erforderliche Mehrheiten erhöhen, je länger die Einschränkung dauert.

70 **Klare Rechtsgrundlagen, so bestimmt wie möglich**

71 Ein uneinheitliches Infektionsgeschehen kann regional unterschiedliche
72 Beschränkungen notwendig machen. Umso wichtiger ist es, auf allen Ebenen der
73 Normenhierarchie die Bestimmtheit als Grundrechtsschutz fest im Blick zu haben:
74 Maßnahmen und Konsequenzen müssen so bestimmt wie möglich sein, unbestimmte
75 Rechtsbegriffe sind zu vermeiden, um den Auslegungsspielraum so gering wie
76 möglich halten. Das unterstützt letztlich auch die ausführenden Ordnungsbehörden
77 in ihrer Arbeit.

78 Auch bei der Normgebung selbst kann aktiver Grundrechtsschutz betrieben werden.
79 Verbote mit Ausnahmen, wie z.B. die Anwesenheit im öffentlichen Raum nur bei
80 „triftigem Grund“, sind eingriffsintensiv und können den/die Bürger*in in die
81 Situation bringen, auch normgerechtes Verhalten rechtfertigen bzw. erklären zu

82 müssen. Anders herum wird ein Schuh draus: Es sollten konkrete Verhaltensweisen
83 untersagt und dies aus der Norm ersichtlich sein. So könnten Grundrechte wieder
84 als Abwehrrechte gegenüber dem Staat wirken, der erklären müsste, warum aus
85 seiner Sicht ein Verstoß vorliegt.

86 **Versammlungsfreiheit umsetzen**

87 Auch ein uneingeschränktes Demonstrationsverbot ist unter diesen Gesichtspunkten
88 nicht akzeptabel, zumal ein effektiver Eilrechtsschutz derzeit nur eingeschränkt
89 gegeben sein dürfte. Damit würde das Grundrecht der Versammlungsfreiheit aber
90 zeitweise außer Kraft gesetzt werden. Wenn Abstandsregelungen usw. eingehalten
91 werden, müssen auch derzeit Versammlungen möglich sein. Alle Versammlungen sind
92 grundsätzlich erlaubt und können nach einer Einzelfallentscheidung mit Auflagen
93 versehen werden oder verboten werden, soweit der Infektionsschutz es zwingend
94 erfordert. Die Teilnahme an Versammlungen ist und kann nicht strafbar sein.

95 Es gilt: Je länger die Einschränkungen dauern, umso intensiver muss nach
96 grundrechtskonformen Lösungen gesucht werden und muss eine sorgfältige
97 Güterabwägung stattfinden.

98 **Effektiver Rechtsschutz und funktionsfähige Justiz**

99 Der demokratische Rechtsstaat und insbesondere die Justiz hat sich in der Krise
100 bewährt. Überall dort, wo die Exekutive die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt
101 hat konnte eine justizielle Überprüfung für ein Korrektiv sorgen, wie bspw. beim
102 Versammlungsrecht. Wir erwarten, dass die Justiz entsprechend weiter für die
103 Herausforderungen ausgestattet und gestärkt wird, um auch im Epidemiefall ihrer
104 Aufgabe nachkommen zu können. Effektiver Rechtsschutz und die rechtsstaatlichen
105 Verfahrensgrundsätze müssen für alle Rechtsbereiche jederzeit gegeben und die
106 Justiz funktionsfähig sein. Dazu ist es erforderlich, die Digitalisierung der
107 Justiz unter Wahrung des Grundsatzes der Öffentlichkeit und ohne Abstriche beim
108 Datenschutz voranzutreiben.

109 **Anpassungen im Strafvollzug**

110 Auch die besondere Situation im Strafvollzug, in dem durch den Freiheitsentzug
111 in besonderer Weise in die Grundrechte der Gefangen*en eingegriffen wird,
112 braucht auf die Rahmenbedingungen angepasste Verfahren und Prozesse. Keinesfalls
113 dürfen dies jedoch noch einschränkendere Ausnahmestände sein. Den ersten
114 wichtigen Schritt haben die meisten Bundesländer bereits vollzogen: Eine
115 großzügige Handhabung der Möglichkeiten, Vollstreckungen aufzuschieben,
116 auszusetzen oder zu unterbrechen, vor allem für Ersatzfreiheitsstrafen und
117 kurzzeitige Freiheitsstrafen ist sinnvoll, ebenso die Entlassung aus dem
118 Jugendarrest. Für den verbleibenden Strafvollzug gilt: Allein der
119 Gesundheitsschutz darf ausschlaggebend für eine Erhöhung der Verschlusszeiten
120 sein. Ziel sollte vielmehr ein weitestgehend "normaler" Vollzug mit Bewegungs-,
121 Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten unter Einhaltung der Abstands-
122 und Hygieneregulungen sein. Besuche, Außen- und soziale Kontakte sind für
123 Gefangene elementar, jedoch derzeit nachvollziehbarer Weise eingeschränkt. Die
124 Gefangenen werden gerade weitgehend isoliert. Die Gesellschaft macht zur
125 Kompensation gerade große Fortschritte in der Nutzung neuer Medien. Das muss
126 auch den Gefangenen ermöglicht werden, denn ihr Leben soll nach § 3 StVollzG dem
127 Leben in Freiheit so weit wie möglich angeglichen werden. Darum muss auch den
128 Insass*innen jetzt dringend ermöglicht werden, Videotelefonie und das Internet
129 zu nutzen. Die technischen und personellen Voraussetzungen sind zu schaffen und

130 dauerhaft zu gewährleisten. Höhere Kosten für mehr dieser Kontakte und
131 Telefonate in der Coronakrise müssen ausgeglichen werden.

132 Durch die corona-bedingte Einschränkung von Lockerungsmaßnahmen darf die
133 Möglichkeit der frühzeitigen Entlassung nach § 57 StGB nicht eingeschränkt
134 werden.

135 Um trotz der Herausforderungen der Pandemie einen humanen Strafvollzug gewähren
136 zu können, müssen die Gefangenenzahlen reduziert werden. Das ist ein guter
137 Anlass, Amnestien, vergleichbar mit der Weihnachtsamnestie zu prüfen.

138 **Die Stärke des Föderalismus**

139 Jetzt könnte sich die Stärke des Föderalismus zeigen, indem die Länder um die
140 besten Lösungen für die Krise ringen. Dabei ist auch ein möglichst abgestimmtes
141 und solidarisches Vorgehen der Länder und Kommunen erstrebenswert, welches
142 regionale Besonderheiten zulässt. Eine solche Situation ist allerdings nicht die
143 Zeit für die persönliche Profilierung einzelner Landes- und Kommunalfürsten.
144 Unterschiedliche Regelungen können ihre Grundlage nur im unterschiedlichen
145 Infektionsgeschehen haben. Dies führt sonst zu fehlender Akzeptanz, Konflikten
146 an Landesgrenzen und ungesunden Überbietungswettbewerben.